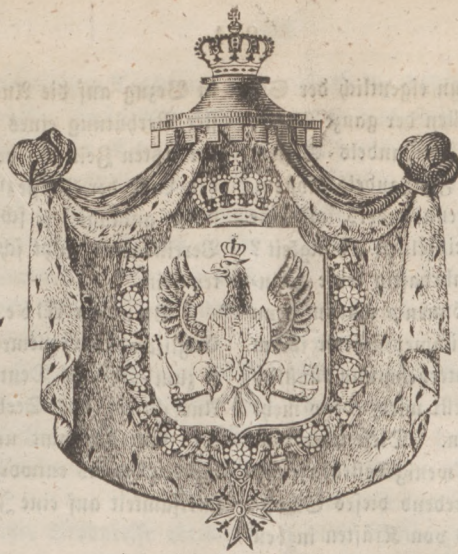




Beitrag



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 2ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für diese Zeitung 1 Rthlr. 7½ Sgr., auswärtige aber 1 Rthlr. 18½ Sgr. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese täglich erscheinende Zeitung auf allen königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angelegte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können. — Posen, den 17. Juni 1847.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Inland.

Berlin den 15. Juni. Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl ist nach Italien abgereist. — Der General-Major und Kommandeur der 11. Landwehr-Brigade, von Willisen, ist von Breslau hier angekommen. — Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Sardinischen Hofe, Kammerherr Graf von Redern ist nach London abgereist.

Die Deutsche Auswanderung nach Quebec, die sich soeben in Folge der neuern Amerikanischen Gesetze über den Transport der Emigranten in Bremen zu organisiren beginnt, hat nicht sowol für Deutschland als für England ein hohes politisches Interesse. Bekanntlich ist Canada eine sehr gefährdete Besitzung für England. Die Vereinigten Staaten sind nach dessen Besitz lüstern, und die Französische Nationalität des beiweitem zahlreichsten Theiles der Bewohner desselben bindet diese wenig an England, macht sie vielmehr zu einer Trennung von demselben geneigt, wie sie denn auch mehr als Ein Mal eine solche versucht haben. Unter diesen Umständen liegt eine Schwächung des Französischen Elements und eine Kräftigung des Englischen im Interesse der Britischen Regierung. Letztere hat zu dem Ende auch die Auswanderung aus England nach Canada schon längst empfohlen und begünstigt. Allein da die Mehrzahl der Emigranten aus Großbritannien Irländer sind, diese aber bekanntlich sich zur Unterstützung Englischer Interessen wenig eignen, so kann eine Einwanderung von Deutschen für England nur wünschenswerth sein. Von diesen darf es nämlich hoffen, daß sie sich von dem feindlichen Französischen Geiste der Canadier nicht so leicht werden anstecken lassen, da Sprache und in der Regel auch die Religion Beide von einander trennt. Dagegen werden sich die Deutschen Kolonisten an die dortigen Engländer leichter anschließen, da Sprache, Sitten und Religion beide Völker einander nähern. Die Zukunft wird es zeigen, ob die Englische Regierung diese ihr günstigen Chancen benutzen und die Ansiedelung der Deutschen in Canada begünstigen wird. Jedenfalls würde sie sich dadurch für die Folge einen mächtigen Bundesgenossen gegen die Angriffe der Vereinigten Staaten dort schaffen. Für die Auswanderer selbst aber, besonders für die minder bemittelten, ist es erwünscht, wenn sie in Canada bleiben können. Ihre Reise ist dadurch bedeutend verkürzt, sie erhalten sich demnach einen Theil der Reisekosten, den sie zum Ankauf größerer Ländereien und zur ersten Einrichtung werden anwenden können. Im südlichen Canada ist übrigens das Klima dem der Vereinigten Staaten ähnlich und dort wie hier warten zahlreiche Länderstrecken auf den Anbau durch fleißige Hände. Auch hat Canada eine eigne Verfassung, es genießt jede vernünftige Freiheit und entgeht vielen Gefahren und Uebeln der Amerikanischen Demokratie, und England begünstigt jetzt dessen Produktenhandel sehr.

Berlin. — Wie versichert wird, hat der König eine abermalige Verlängerungsfrist von acht Tagen für die Verhandlungen des Vereinigten Landtags bewilligt, so daß der Schluß der Sitzungen erst mit Ende dieses Monats eintreten dürfte.

Aus Berlin wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Man erzählt hier, daß die Mitglieder der Opposition den Entschluß gefaßt hätten, auch nach dem Schlusse des Landtags ein permanentes Comité aus ihrer Mitte zu ernennen und dasselbe mit der Leitung und Vorbereitung aller im Parteiinteresse liegenden Angelegenheiten zu betrauen, und fügt hinzu, daß der Graf von Schwerin an

der Spitze dieses Comité stehen solle. Wir können jedoch mit Bestimmtheit versichern, daß den Stimmführern dieser Partei bis jetzt noch nichts von einem derartigen Plane bekannt ist.“

Berlin. — Die beruhigende Deklaration über die emittirten neuen Banknoten, hat an der Börse das Geschäft in Bank-Antheils-Scheinen (oder Bank-Aktien) schon sehr belebt und den Cour derselben wieder in die Höhe gebracht. — Ein ehemaliger reicher Banquier und Wollhändler ist vorgestern in Folge unglücklicher Speculationen in Wahnsinn verfallen. — Zum Kauf des frisch geschlachteten Pferdefleisches ist der Andrang so groß, daß bewaffnete Macht denselben abhalten muß, und daß der Verein gegen Thierquälerei das Publikum damit nicht befriedigen kann. Das Billige und der Reiz der Neuheit mögen wohl hauptsächlich die Kauflust rege halten. — Hochgestellte Personen stellen die Nachricht sehr in Zweifel, daß Kaiser Nikolaus während dieses Sommers ein Deutsches Bad besuchen werde. — Mehrere Mitglieder des Schlesischen Herrenstandes sind bereits am 11. d. in ihre Heimath zurückgekehrt.

Aus Preußen. — Offenbar hat der ablehnende Beschluß der Ständeversammlung die endliche Vollendung eines segensversprechenden, allgemein als nothwendig anerkannten nationalen Werkes, des Brückenbaues über die Weichsel, in eine unbestimmte Zukunft hinausgeschoben. Am schwersten werden die östlichen Provinzen selbst die nachtheiligen Folgen dieses Beschlusses zu tragen haben. Die aus demselben entstehenden Nachteile treffen zuerst den Gewerbestand. In der sichern Voraussicht baldiger Vollendung des östlichen Eisenbahnbaues waren in den betreffenden Provinzen mannigfache Vorbereitungen zu gewerblichen Unternehmungen gemacht worden. Diese Unternehmungen müssen jetzt aufgegeben oder mit ihrem Gedeihen auf den Zeitpunkt vertröstet werden, wo es mit den disponibeln Staatsmitteln möglich sein wird, den Bau der Bahn zu vollenden. Neben den gewerblichen Unternehmungen tritt das Interesse des Handels und des Ackerbaues hervor. Beide Erwerbszweige haben schon längst das dringende Bedürfnis nach Herstellung einer Eisenbahn gefühlt, welche die östlichen Provinzen mit dem Mittelpunkt der Monarchie sowie mit den westlichen Landesheilen in Verbindung setzt. Das Bedürfnis eines schnellen Baues aus Rücksichten des Handelsverkehrs ist auch in dem Abtheilungsgutachten anerkannt und als äußerst gewichtig in den Vordergrund gestellt worden. Außer diesen Rücksichten ist aber namentlich auch die Lage der zahlreichen Arbeiter in Betracht zu ziehen, welche zum Theil schon bei den Vorbauten beschäftigt waren, zum Theil auf den lohnenden Verdienst rechneten, der ihnen durch den zu erwartenden kräftigen Angriff des Baues in Aussicht stand. Nach der Mittheilung der Allgemeinen Preussischen Zeitung hat die betreffende Königl. Cabinetsordre vorwiegend auch auf die Lage der bei dem Brückenbaue beschäftigten und jetzt nahrungslos werdenden Arbeiter Rücksicht genommen, indem sie befiehlt, daß die Anordnungen über die Einstellung des Baues in solcher Weise getroffen werden sollen, daß die Arbeiter nicht in augenblickliche Noth gerathen. Es läßt sich erwarten, daß das jüngste Votum des Vereinigten Landtags nicht ohne bedeutenden Eindruck auf die theilhaftigen Bevölkerungen bleiben werde.

Königsberg. Die hiesige Hartung'sche Zeitung vom 4. Juni bringt eine Korrespondenz aus Tilsit, welche an die Verhandlungen der Herren-Kurie über eine Revision des Zoll-Tarifs folgende mehr allgemeine Betrachtungen über diesen Gegenstand knüpft: „Wo der Eine alles Heil von einem sogenannten Freihandels-Systeme, verbunden mit verhältnismäßigen Schutz-Zöllen für Fabrik- und Manufaktur-Industrie, erwartete, glaubte der Andere in einem strengen Differenzial- und Reciprocitäts-Zoll-Systeme das Mittel einer durchgreifenden Aenderung

unserer jetzigen Lage zu finden. Auf die Frage aber, wo denn eigentlich der Sitz des Uebels sei, und ob nicht vielleicht gerade in den Schutz-Zöllen der ganze Grund unserer Noth liege, darauf kam Niemand. Was ist denn ein Freihandels-System in Verbindung mit Schutz-Zöllen? — Sicherlich doch kein Freihandels-System, und was sind erhöhte Differenzial- und Reciprocitäts-Zölle denn anders, als eine neue Steuer für die ganze Bevölkerung zu Gunsten einer einzelnen Thätigkeit? Wenn schon bei den vorhandenen Schutz-Maßregeln, die wahrhaftig keine geringen zu nennen sind, gewisse Industriezweige nicht bestehen können, warum denn diesen Schutz immer weiter ausdehnen und jene Industrien immer sicherer ihrem Verderben entgegenführen? — Je mehr eine industrielle Unternehmung künstlich befördert, je mehr also ein lohnender Gewinn in Aussicht gestellt wird, desto mehr Kapitalien, desto mehr Arbeitskräfte werden zu ihr hingezogen. Diese aber können nach einigen Jahren bei so erweiterter Thätigkeit eben so wenig bestehen, als die früheren bei geringerem Schutze, und so muß denn selbstredend dieses Schutz-System ins Unendliche gehen und einen immer größeren Kreis von Kräften in den Abgrund des Verderbens reißen. Man sollte doch endlich einsehen, daß auf keinem Gebiete das System der Halbheit, das System der Palliative so verderblich und gefährdend ist, als gerade auf dem Gebiete der Oekonomie und Industrie. Schutz-Zölle für Ackerbau, für landwirtschaftliche Gewerbe zu befürworten, ist noch Niemanden eingefallen; im Gegentheil, man vertraut ihrer unverstehbaren Kraft so viel, daß man immer neue Steuern, direkte und indirekte, auf sie häuft. Weshalb also nur Industrien schützen, deren ganzes Lebens-Element gerade nur in diesem Schutze liegt; weshalb schwächliche Treibhanspflanzen mit Aufopferung der besten Kräfte kultiviren, während den gesunden, einem kräftigen Boden natürlich entsprossenen Stämmen Luft und Sonne verkümmert wird? — Wir verkennen nicht die menschenfreundliche Absicht, den unglücklichen Fabrik-Arbeitern helfen zu wollen, eben so wenig die Schwierigkeit, bei der einmal vorhandenen Noth ein geschicktes Mittel aufzufinden; wir wissen aber auch bestimmt, daß eine fernere Verfolgung des betretenen Weges das Elend bis ins Unendliche ausdehnen muß!"

Elberfeld. — Die von allen Seiten übereinstimmend einlaufenden Nachrichten über den günstigen Stand der Saaten fangen an, den gesunkenen Muth aufs Neue zu beleben. Die Preise aller Lebensmittel gehen täglich herunter. An Getreide ist überall großer Vorrath, und täglich treffen neue Zufuhren ein. Die Barmer Fruchtspekulanten sollen über ungeheure Massen zu disponiren haben, und man hört mit einer gewissen Schadenfreude versichern, daß sie in nächster Zukunft bedeutende Stöße zu erleiden haben würden.

M u s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Mainz, den 10. Juni. Gestern brachten die Gendarmen fünf der Haupt-Anführer des Binger Brodtrawalls, welche zur Zerstörung des Hauses des Bäckers angetrieben, in das hiesige Detentionshaus. Alle waren guten Muthes, ob schon an den Händen gefesselt. Sie sagten zu ihren hiesigen Bekannten: „Wir haben einmal die Backöfen geheizt.“ — In unseren Gasthöfen herrscht auffallende Stille, wie denn überhaupt der ganze Fremdenverkehr gering ist. Früher mußten die hiesigen Gastwirthe im Juni mehr Fremde abweisen, als in diesem Jahre hier ankommen. Dieselbe Klage hört man auf den Dampfschiffen und auf Eisenbahnen. — Gestützt auf die seit einigen Tagen herrschende rauhe Witterung hat es der Winter wieder dahin gebracht, daß der Weizen um 3 fl. pro Malter in die Höhe gegangen ist. Den Wohlstand und Luxus der Landleute konnte man dieser Tage wieder sehr bemerken, wo bei der hier stattgehabten Firmelung die hiesigen Conditoreien und Weinwirtschaften sämmtlich mit Landleuten, umgeben von ihren Frauen und Kindern, besetzt waren. Viele waren reichlich mit Goldschmuck bedeckt.

Frankfurt a/M., den 12. Juni. Die bereits früher gemachten Andeutungen, daß die Bundes-Versammlung das Associationswesen einer ersten Prüfung unterworfen und die allenfallsigen gefährlichen Elemente aus ihm zu scheiden trachten werde, wurden zwar von Manchem in Zweifel gezogen, allein nichtsdestoweniger fangen sie bereits an, sich zu bestätigen. Vorerst scheint namentlich das Turnwesen — d. h. die Turngemeinden — die Aufmerksamkeit der Regierungen in hohem Grade auf sich gezogen zu haben. Wie müssen aber wiederholt darauf zurückkommen, daß man die Turnanstalten, welche unter der Controlle des Staats stehen, nicht mit den Turngemeinden, welche ihre besonderen Zusammenkünfte halten, in gegenseitigem Rapport stehen u. verwechseln darf. Letztere scheinen den Regierungen Besorgnisse einzufloßen; ob mit Recht, können wir nicht behaupten. Wir halten es aber für eine Unmöglichkeit, daß es in der Intention der Regierungen liegen könne, das Turnwesen, das als ein wichtiger Theil der Erziehung gilt, wieder ganz zu unterdrücken. — The general Continental Transit Company, welche die Reiseflüstigen durch die Welt spediren will, ohne daß sie mehr als einmal eine gewisse Summe an die Gesellschaft zu zahlen haben, wird in den nächsten Tagen ihren Prospektus hier erscheinen und dann durch ein hiesiges Haus zur Aktienunterzeichnung auffordern lassen. Das Kapital der Gesellschaft ist 200,000 Lfr. stark, das in 30,000 Aktien, jede zu 10 Lfr. aufgebracht werden soll. Ein acht englisches Unternehmen.

Frankfurt a. M. den 13. Juni. Der Bundespräsidialgesandte Graf von Münch-Bellinghausen wird morgen von Wien hier zurück erwartet. Er wird sofort den Vorsitz im Kreise der Bundesversammlung wieder übernehmen. Es werden sodann, wie verlautet, in dieser Versammlung unverzüglich mehrere wichtige Angelegenheiten von allgemeinem Deutschen Interesse, namentlich

in Bezug auf die Auswanderungsfrage, die geeigneten Maßnahmen zu möglicher Verhütung eines Wiedereintritts eines so drückenden Nothstandes, wie er in der letzten Zeit auf den Volke gelastet, und in Bezug auf eine neue Gestaltung der Lage der Presse zur Verhandlung kommen. Was den letzterwähnten Gegenstand anlangt, so scheint es, als würde das Zustandekommen einer definitiven Vereinbarung nicht schon in der gegenwärtigen Session des Bundesraths zu erwarten sein.

Von der Elbe. — Mittheilungen aus Hamburg zufolge, beabsichtigt das Englische Gouvernement aus Helgoland ein zweites Gibraltar und somit mehr wie je zum Schlüssel Deutschlands zu machen. Für diese großartigen Bauten, bei deren Ausführung das Seebad in Betracht gezogen wird, sind vorläufig 6,800,000 M. Rth. bestimmt und die Pläne und Zeichnungen von den berühmtesten Ingenieuren bereits entworfen. — Diese Mittheilungen sind ganz geeignet, die Aufmerksamkeit auf eine Insel hinzuleiten, die zu einer so wichtigen Rolle bestimmt ist.

D e s t e r r e i c h.

Aus Wien vom 10. Juni berichtet der Nürnberger Korrespondent: „In der Griechischen Differenz sind bereits mehrere Expeditionen geschehen, und man betrachtet die Sache nunmehr wohl mit mehr Grund als vor einiger Zeit als abgethan. — Die Verhältnisse zu Italien haben sich in neuester Zeit ziemlich verwickelt gestaltet. Ein besonders inniges Verständniß scheint zwischen dem Hofe von Neapel und dem hiesigen Cabinet stattzufinden. — Mehrere Getreideausfuhrconcessionen sind nachträglich erwirkt worden. Das allgemeine Sinken der Getreidepreise wird das Ausfuhrverbot vermuthlich in naher Zukunft als überflüssig erscheinen lassen.“

Auch in Ungarn entstehen hin und wieder Unruhen; es ereignen sich an verschiedenen Orten größere oder mindere Tumulte. Selbst in Pesth und Ofen wurden Drohbriefe gefunden, die einen Krawall theils auf den 3., theils auf den 6. Juni vorausbestimmen. Die Polizei war auf ihrer Hut, allein die Vorsicht scheint ganz überflüssig gewesen zu sein, denn an beiden Tagen zeigte sich keine Spur irgend einer Unruhe. Desto ernsthaftere Unruhen gab es vor einigen Tagen in Großwardein (Stadt von 20,000 Einwohnern im östlichen Ungarn), indem wüthende Volkshaufen mehrere Getreidemazine stürmten und Alles, was sich ihnen widersetzte, mordeten oder verwundeten; es sollen so an 30 Personen ihnen zum Opfer gefallen und die Ruhe erst nach Einschreiten des Militärs hergestellt worden sein.

F r a n k r e i c h.

Paris den 10. Juni. Zu Toulon sieht man jeden Augenblick der Ankunft der Königin Marie Christine auf der Dampf-Fregatte „Panama“ entgegen, welche ihr zur Verfügung gestellt ist. Die Königin würde sonach kaum vierzehn Tage zu Neapel verweilt haben.

Die Kommission der Deputirten-Kammer in Betreff des Verlangens der Pairs-Kammer um Ermächtigung zur Verfolgung des Herrn Emil von Girardin hat heute mit 6 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Ertheilung dieser Ermächtigung der Kammer vorzuschlagen. Herr Lavieille wurde zu ihrem Berichterstatter ernannt. Uebermorgen wird derselbe seine Arbeit der Kommission vorlegen können, und die Diskussion in der Kammer könnte sonach Montag oder Dienstag stattfinden.

Unsere Verhältnisse zu England verwickeln sich immer mehr. Wir bringen auf eine Pacification Portugals um jeden Preis, die Politik des Foreignoffice will sie nur bedingt. Sie erklärt sich entschieden gegen eine bewaffnete Vermittelung, d. h. gegen jeden Eingriff in die Rechte der Portugiesischen Selbstständigkeit. Im Grunde hat sie Recht; aber eben weil sie Recht hat, finden wir Veranlassung, um so beharrlicher bei unserem vorausgestellten Vorhaben zu beharren. Denn dies Vorhaben war zwischen den Kabinetten von Lissabon, Madrid und den Tuilerieen verabredet worden, die Truppen waren marschfertig; alles sollte rasch (wie die Vermählungen), ohne weitere Bedingungen — als einige geheime — und möglichst schlagend vollbracht werden. Da griff England ein, zuerst mit diplomatischen Noten, dann mit ernstern Verfügungen, die den Fall feststellten, wo die Angelegenheit zu einem casus belli reifen könne. Hier stehen wir. Die Französisch-Spanische Einmischung ist noch Embryo; ob sie mehr sich ausbilden wird, ist sehr ungewiß. Ohne Englands Mitwirkung auf die eine oder die andere Weise kann in der That nichts mehr geschehen. Erfolgt aber diese Mitwirkung, so wird die Autorität der Königin gewiß nicht so festgestellt, als der Staatsstreich, der schon so viel Unheil erweckt hat, diese Autorität begründen sollte. Indessen dauert der Bürgerkrieg in Portugal ununterbrochen fort.

Gestern, so berichtet die Union monarchique, wurde in der Deputirten-Kammer erzählt, die Regierung habe am Morgen durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß die Junta von Oporto sich dem Ultimatum, welches ihr von den drei Beauftragten der Regierungen von Frankreich, England und Spanien vorgelegt worden sei, vollständig unterworfen habe. Als zuverlässig kann heute nur so viel mitgeteilt werden, daß die Regierung in der That sehr wichtige Nachrichten aus Portugal erhalten hat; der kritische Zustand in diesem Lande schreitet rasch seinem Ende zu; ob indessen die Pacification durch Ueberredung oder durch Gewalt herbeigeführt wird, muß man abwarten; jedenfalls ist die oben genannte gerüchtweise verbreitete Nachricht nur voreilig.

G r o ß b r i t a n n i e n u n d I r l a n d.

London, den 8. Juni. Ihre Majestät die Königin hielt vorgestern im Buckingham-Palast Hof, bei welcher Gelegenheit Prinz Oskar von Schweden der Königin vorgestellt wurde.

Der Standard schließt aus dem Umstande, daß vor einigen Tagen auf den Straßen unter das Volk gedruckte Blätter vertheilt wurden, worin man aufforderte, Sir R. Peel, „den wahren Reformier“, wieder aus Ruder zu bringen, der Ex-Premier-Minister strebe danach, an die Spitze der Angelegenheiten zu treten. Auch setzt der Standard hiermit in Verbindung, daß Sir R. Peel nach einer Unterbrechung von mehreren Monaten eine Reihe parlamentarischer Diners wieder eröffnet habe, wie sie gewöhnlich von dem wirklichen Premier-Minister oder dem Kandidaten dieser Stelle gegeben würden. Das hochtrabende Blatt glaubt, die Protectionisten-Partei mahnen zu müssen, auf ihrer Hut zu sein.

Der Express meldet, daß der Dienst zwischen New-York und Bremen durch Dampfboote versehen werden solle, welche die Britischen Post-Dampfschiffe an Größe und Schnelligkeit weit übertreffen würden; ihre Hochdruck-Maschinen würden nämlich 1000 Pferdekraft haben, und ihre Fahrt solle in 9 Tagen zurückgelegt werden.

Sämmtliche Bäcker der Hauptstadt haben vorgestern ihre Brodpreise abermals ermäßigt.

Das Schiff „Frolic“ ist aus dem Stillen Meere mit 2,048,000 Dollars in Silber hier angelangt.

Im Monat Mai war wenig Nachfrage nach Stangen-Eisen, und die Preise wichen daher um 5 Sh. pro Tonne. In letzteren Tagen aber sind bei gesteigerter Nachfrage auch die Preise wieder höher gegangen. In Schienen war wegen der schwierigen Lage der meisten Eisenbahn-Gesellschaften seit kurzem wenig Absatz, und die Preise fielen nicht unbedeutend. In Glasgow haben daher die Eisenwerks-Besitzer den Lohn ihrer Arbeiter um 25 pCt. herabzusetzen, was letztere wahrscheinlich zum Feiern veranlassen wird.

Der Municipalrath von Kilkenny hat beschlossen, für O'Connell sechs Wochen lang Trauer anzulegen; die ganze Bevölkerung wird diesem Beispiel folgen.

Die Morning Chronicle zeigt heute für bestimmt an, daß die Sitzungen des Parlaments vor der zweiten Juliwche geschlossen werden; unmittelbar darauf wird die Auflösung erfolgen, wenn nicht unvorgesehene Ereignisse die Regierung veranlassen, diese Maßnahme zu vertagen.

Man behauptet, der Portugiesische Interventionsvertrag in Portugal sei gegen den Wunsch Palmerston's zu Stande gekommen, der isolirt habe handeln und Donna Maria nur den Beistand England's anbieten wollen, und zwar unter Bedingungen, die Portugal ganz von England abhängig gemacht haben würden.

Den Times wird aus Portugal berichtet: „Nachdem Graf Mello energisch die Abdankung der Königin Donna Maria verlangt, habe er aus Achtung vor Sa da Bandeira die durch Oberst Wylde der Junta übermittelten Propositionen der Königin genehmigt; da aber die Junta dieselben verworfen hat, so will er von keinem Arrangement mehr wissen, und schließt sich an, den Krieg mit Nachdruck zu erneuern. Von allen Gegnern der Königin ist Mello durch seinen Einfluß der gefährlichste.“

Auf der London-Northwestern Eisenbahn ist vorgestern unweit der Station von Wolverston der von Liverpool kommende abendliche Gilzug dadurch, daß ein Bahnwärter eine Weiche falsch stellte, mit einer Geschwindigkeit von circa noch 10 Miles die Stunde gegen fünf auf den Schienen haltende Wagen mit Steinkohlen gerammt, wodurch der fünfte und sechste Personenwagen buchstäblich in Stücke zertrümmert wurden, während die Maschine und die Wagen vor ihnen verhältnißmäßig unbeschädigt blieben. Die Reisenden in den zerstückelten Wagen wurden übel zugerichtet, und eine halbe Stunde nach dem Unglücke zählte man schon sieben Tote.

Spanien.

Madrid den 4. Juni. Der Monsignore Brunelli soll sein inniges Bedauern ausgesprochen haben über die Spannung, welche zwischen Isabella und Ihrem Gemahl herrsche; man glaubt aber, die betreffenden Fragen seien ihm zu deliater Natur, als daß er seine Vermittelung anbieten werde. Als der Prälat gestern Abend von der Königin empfangen wurde, überreichte er derselben ein Schreiben von Papst Pius IX. und sprach sich voll freundiger Anerkennung über die Art aus, wie er in den Provinzen aufgenommen worden sei; Isabella erwiderte ihm in huldvollen Worten. — Einige Blätter haben in ziemlich bestimmter Weise mitgetheilt, die Königin habe ein Dekret unterzeichnet, welches Espartero, den Ex-Regenten, aus der Verbannung zurückrufe. Indessen kann schon darum noch keine Entschließung der Art gefaßt seyn, weil im Cabinet verschiedene Ansichten über diesen Punkt herrschen. Einige Minister wollen, die Amnestie solle eine bedingte seyn, andere wieder hegen, mit der Königin, wie man sagt, übereinstimmend den Wunsch, daß die Amnestie ohne Vorbehalt verliehen werde, um Espartero zu beweisen, daß Isabella ihr volles Vertrauen in denselben setze. — Nach dem Espartero bleibt der König dabei, die Provinzen besuchen zu wollen, und hat Valladolid als die erste Stadt ausersehen, wo er seinen Aufenthalt nehmen wird. Aus Isabella's Privat-Chateau erhält er jetzt täglich 1000 Realen (66 Thlr. Preuß.). Daß sämmtliche Minister in dem Pardo eine lange Konferenz mit ihm gehabt, wird von dem „Clamor publico“ berichtet, von dem „Taro“ widersprochen. Don Francisco fährt, reitet, jagt, muscirt und spielt Billard, und Don Penna y Aguayo, Isabella's Haushofmeister, ist bei demselben gewesen, um zu sehen, ob es ihm an nichts fehle. — Ueber die Abreise der Königin nach San Ildefonso, die auf den 10. Juni angesetzt war, ist noch nichts bestimmt, und wenn Isabella Madrid verläßt, wird es nicht vor Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats geschehen. Von London sind einige prächtige Wagen eingetroffen, über

welche die Königin ein solches Vergnügen empfand, daß sie sogleich in einem derselben ausgefahren seyn würde, wenn der Himmel nicht mit einem tüchtigen Regen dazwischen gekommen wäre. — Die 14,000 Mann, welche die Spanische Regierung nach dem eben geschlossenen Vertrag der Königin von Portugal zur Verfügung stellt, erhalten von Spanien ihren gewöhnlichen Sold und von Portugal für den Dienst in diesem Lande außerdem eine besondere Zulage.

Portugal.

London den 4. Juni. Die gestern schon kurz erwähnten Nachrichten aus Porto vom 30. und aus Lissabon vom 29. v. M. werden heute von den Blättern ausführlicher mitgetheilt. Zu Lissabon war die Nachricht von dem Protokoll der vier Mächte am 28. Mai eingegangen, nebst einer Depesche Lord Palmerston's an den Britischen Gesandten, wonach gleich zum Werke geschritten werden sollte. Der Britische Admiral hatte Instruktionen, die Dampfschiffe der Insurgenten zu nehmen, wo er sie fände, die Blokade von Porto zu decken und endlich effektiv zu machen. Anlangend die Intervention der Spanier, so dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, daß es dazu kommen werde, da die Junta sehr hartnäckig zu sein scheint.

Am 21. v. M. traf schon das Dampfschiff „Polypheumus“ mit einer Aufforderung der Gesandten von England, Frankreich und Spanien aus England, an die Junta wegen Eingehung eines Waffenstillstandes bis zum 10. Juni in Porto ein. Tages darauf wurde in einer Versammlung den Britischen Unterthanen angezeigt, daß es Jedem, der Porto verlassen wolle, freistehe, sich an Bord Britischer Kriegsschiffe zu begeben. Am 23. dess. M. früh Morgens erschien die zur Blokade bestimmte Fregatte nebst einer Brigg vor der Barre, worauf die Dampfschiffe der Junta ausgesandt wurden, um sie anzugreifen. Aller Vorstellungen und Drohungen des Britischen Konsuls und des Kapitäns Robb vom Dampfschiff „Gladiator“ ungeachtet, gingen die Dampfschiffe über die Barre, und es kam zu einem Treffen, welches zwei Stunden währte, ohne daß irgend bedeutender Schaden angerichtet wurde. Am Ende steuerten die Schiffe der Königin südwärts. Es kam zu einer unerfreulichen Korrespondenz zwischen den Britischen Beamten und der Junta, und unter den Engländern herrschte solch ein Schrecken, daß viele von ihnen an Bord des Dampfschiffes „Polypheumus“ nach Vigo gebracht zu werden verlangten. Dazu ist indessen die Erlaubniß noch nicht erteilt worden, und einstweilen werden Ausflüchte getroffen, die Flüchtlinge an Bord der Kriegsschiffe aufzunehmen. Man scheint zu besorgen, daß die Patulea, wie die freiwillige Bewaffnung genannt wird, über die Engländer herfallen dürfte. Am 26. Mai schickte Graf das Antas 2000 Mann Infanterie mit 200 Pferden und etlichen Kanonen nach S. Joao de Foz, um dieses Fort vor einem Handstreich zu schützen, oder auch, um die Einschiffung von Truppen zu decken, da eine neue Expedition nach dem Süden unter seiner Leitung beabsichtigt wird. Casal stand zu Lamego, Salbancha in seinem alten Hauptquartier. Am 28. dess. M. lehnte die Junta den Waffenstillstand ab und erklärte, Kommissarien nach Lissabon senden zu wollen, um direkt mit der Königin zu unterhandeln. Zu diesem Behufe soll der Marquis von Loulé beauftragt sein.

Lissabon, den 28. Mai. Die Regierung hat die Wahl des Jui Conseruador der Engländer bestätigt, jedoch erklärt das Dekret ausdrücklich, daß sowohl die Wahl als die Bestätigung ihre Kraft verlieren, sobald die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse des Landes aufhören. — Die Englische Fregatte Thetis ist nach Madeira absegelt. — Die Geldnoth, d. h. an klingender Münze, wird immer ärger. Auf Banknoten verliert man noch immer ungefähr die Hälfte gegen Metall. Die Bank von Portugal ist mit der Einkassirung der fälligen Zehnten beauftragt; aber wie soll dies in den Provinzen bewerkstelligt werden? Sie hat der Regierung kürzlich wieder 200 Contos de Reis vorgeschossen, aber in Banknoten.

Den Times wird vom 26. Mai aus Badajoz geschrieben, daß Graf Mello, der die Abdankung der Königin fordere und in Almeida großen Einfluß hat, sich mit seinen Leuten von Sa da Bandeira getrennt und in die Nähe der Spanischen Grenze gezogen habe. Er benutze hier die Zeit des Waffenstillstandes zur Reorganisation derselben und zur Anwerbung von Verstärkungen. Anfangs gab er zu den von Sa da Bandeira mit dem Obersten Wylde getroffenen Abreden seine Zustimmung; nachdem aber die Junta sie nicht bestätigte, will er nur von Fortsetzung des Kampfes hören. In der Nähe von Badajoz stand ein Spanisches Beobachtungscorps von sechs Bataillonen, vier Schwadronen, zwei Batterien und einer Jägercompagnie, zusammen 4500 M., unter General Mozagay.

Lissabon ist fortwährend ruhig; doch cirkuliren böse Gerüchte, daß im alten Karmeliterkloster, dem Quartier der Municipalgarde, gegen kompromittirte Individuen Grausamkeiten begangen würden, welche an die Zeiten der Inquisition erinnern. Das noch immer verborgen erscheinende Blatt Espectro meint, daß, wenn die Königin sich zur Statthalterin Englands erniedrige es besser wäre, daß die Portugiesen ganz Engländer würden. Die frommen Wünsche der Septembriern gehen freilich aber auch zu weit, und dürfte es den andern großen Mächten durchaus nicht konveniren können, daß das kleine Portugal ein so arges Beispiel gäbe. — Es geht stark die Rede davon, daß der Herzog von Palmella bald wieder hier eintreffen werde, indem die Königin ihn zurückberufen habe, um die Sachen zu ordnen, da auch die Insurgenten auf seiner Rückkehr beständen. — Der alte Schläger Schwalbach, Visconde von Setubal, ist, wie es gestern hieß, nach kurzer Krankheit im 73. Jahre gestorben.

Griechenland.

In Athen hatte man aus Konstantinopel neue Nachrichten erhalten. Der

Divan war darüber erbittert, daß ihm von der Griechischen Regierung nicht die geringste Mittheilung über die angeforderte Vermittelung Oesterreichs zugegangen war. Es herrschte überhaupt nach jenen Nachrichten eine sehr ungünstige Stimmung in Bezug auf Griechenland bei der Pforte. Trotz dieses wenig erfreulichen Anscheins glaubt man ziemlich sichere Anzeichen einer bevorstehenden Ausgleichung des schon so drohend gewordenen Zerwürfnisses in folgenden Umständen zu entdecken, wobei man jedoch die Möglichkeit einer augenblicklichen Anwendung der von der Pforte angekündigten Zwangsmaßregeln gegen Griechenland nicht in Abrede stellt, da die bestehenden Zeit- und Ortsverhältnisse eine Durchkreuzung der Ereignisse möglich, ja fast wahrscheinlich machen. Die erwähnten Umstände sind nun: die äußerst üble Laune, welche sich seit einiger Zeit des Sir Edmund Lyons bemächtigt hat, die allerdings auf das Nichtingefüllengehen seiner Lieblingspläne hindeutet. Diese üble Laune soll so weit gehen, daß Hr. Lyons in ganz ungeheucheltem Tone gegen einen seiner Kollegen eine wahre Sehnsucht nach seiner baldigen Abberufung von Athen geäußert hat. Ferner das gänzliche Aufgeben der mit Kalergis gehegten Projekte, welcher noch immer sich in Zante befindet, gedrängt von seinen Gläubigern, die ihn mit Pfändungen und Exekution bedrohen, ohne daß der arg Bethörte von seinen Önnern die geringste Hilfe erhalten könnte. Dann die Hoffnungen, die ein der Griechischen Sache bis jetzt durchaus nicht günstig gestimmter fremder Repräsentant zu Stambul auf eine endliche Ausgleichung machen zu können glaubt. Endlich der Umstand, daß das Russische Kabinett, obwohl es im Ganzen der Griechischen Regierung Unrecht giebt, doch der Pforte den Rath ertheilt, die Sache mit Mäßigung zu behandeln und ihr an Griechenland gestelltes Ultimatum zu modifiziren, vorzüglich aber darauf dringt, daß der Streit so bald wie möglich erledigt werde. (A. Z.)

Der Pariser Courrier français kennt schon das ganze Arrangement zur Beilegung der Griechisch-Türkischen Differenz. Es ist am 17. Mai im Minister-Conseil beschlossen worden, den Oesterreichischen Vorschlag anzunehmen, wonach Hr. Musurus nach Athen zurückkehrt, einen Besuch von Hrn. Coletis empfängt, von diesem dem König Otto vorgestellt wird, und nach einem ständigen Aufenthalt in Griechenland wieder nach Konstantinopel zurückkehrt. Sein Nachfolger wird Hallim Efendi sein, der gegenwärtig erster Gesandtschafts-Sekretair in Paris ist.

Athen den 30. Mai. Man vernimmt, daß an der Türkischen Grenze militärische Bewegungen stattfinden, daß von Janina nach Prevesa und von Vitoglia nach Larissa Infanterie und Kavallerie aufgebrochen sei. An unserer Grenze herrscht Todtensille; die wenigen Soldaten, welche dort stationirt sind, wachen darüber, daß keine Räubereien vorkommen; zu militärischen Bewegungen haben wir nicht Soldaten genug. Die Türkischen Behörden sehen, wo es möglich ist, ihre Redereien gegen Griechische Unterthanen fort. So zwangen sie den Veterinairarzt des Königs, der um Pferde für den Hof zu kaufen nach Janina gereist war, unverrichteter Dinge zurückzukehren, da eine Estafette aus Konstantinopel allen Paschas von Rumelien strenge Verhaltensbefehle gebracht hatte, durch welche der Verkauf von Pferden nach Griechenland so gut als verboten ist.

Bermischte Nachrichten.

Fräulein Nida Sturm hat ein „Eingefandt“ für die Spen. Jtg. verfertigt und zwar „im Namen mehrerer Jungfrauen.“ Nida Sturm verlangt ein Steuer-Gesetz für Junggesellen. Alle unverheiratheten Männer, das verlangt Nida, „welche durch ein öffentliches Amt besoldet werden“ in einem gewissen Alter, sollen nach Verhältnis ihres Einkommens eine Steuer zahlen, aus welcher ein Fonds für unverheirathete unbemittelte Mädchen gebildet wird, und aus welchen dieselben unterstützt werden müßten u.

Auf Treu und Glauben der „Grenzboten“ erzählen wir folgende Anekdote in Beziehung auf die Ueberlandpost: „Als die Ueberlandpost-Versuche noch in den ersten Anfängen standen, war Graf Stadion in Verlegenheit über ein wirksames Mittel, um in Wien dafür zu interessiren. Wäre die Angelegenheit den Schneefengang des gewöhnlichen Instanzenzuges gegangen, so hätten Jahre verstreichen können, ehe man zu einem Entschlusse gekommen wäre. Endlich gerieth Graf Stadion auf eine lustige, aber erfolgreiche Idee. „Wie wäre es“, sagte er zu Hrn. v. Sch., der eine der ersten Fahrten mitmachte, „wie wäre es, wenn Sie Etwas mitbrächten, wodurch man die Phantasie, oder, noch besser, den Gaumen der Wiener anregen und begeistern könnte? z. B. frische Datteln!“ Gesagt, gethan! Die Datteln kamen und wurden in eleganten Kästchen mit waghornischer Eile nach Wien geschickt, um einige bedeutsame Tafeln damit zu zieren. „Frische Datteln!“ riefen die Damen entzückt, „frische Datteln!“ ging es mit freudigem Erstaunen von Mund zu Mund — und die Sache der Ueberlandpost war in kürzester Zeit entschieden.

Herr Crosse, der sich durch seine elektrischen Experimente schon früher einen Namen gewonnen, hat es, wie die „Literary Gazette“ berichtet, durch ein neues elektrisches Verfahren zu Stande gebracht, das Seewasser in trinkbares zu verwandeln. Er ist gegenwärtig in London, um seine Entdeckung der Admiralität zu erklären und zur Benutzung anzubieten.

Die Polizeipräfektur in Paris beschäftigt sich schon seit langer Zeit mit dem Plan, eine Eisenbahn um die ganze Stadt zu führen.

In mehreren Tagesblättern wird erzählt, daß am 25. April im Tivoli zu Berlin ein Thiergefecht gehalten worden ist. Zwei angekettete Wölfe kämpften mit einer Hundeschar, zwei angekettete Affen unter sich und mit großen Hunden. Ein Esel wurde von Hunden bis zum Tode zerfleischt. Bei diesem jammervollen Anblick stürzten die Zuschauer, im Innersten empört, auf den Kampfplatz und machten das unglückliche Thier mit Mühe von den verbissenen Hunden los. — Und in Berlin ist ein Thierquälerei-Verein?!

Auf der London-Nordwestern-Eisenbahn wurden kürzlich in einer Stunde 64 Englische (14—15 deutsche) Meilen zurückgelegt, eine Schnelligkeit, die zum Zwecke hatte, Lord George Bentinck und einige andere Gentlemen halb möglichst nach Chester zu dem Pferderennen zu transportiren.

Der „London Charivari“ ertheilt den nothleidenden Arbeitern den Rath, sich schwarz zu färben und als Neger zu melden, dann werde ihnen die Hilfe der Philantropen gewiß nicht entgehen; weiß seien sie nicht interessant genug!

Stadttheater in Posen.

Donnerstag den 17. Juni zum Benefiz des Herrn Mayer zum Erstenmale: Goldtausch, oder: Ein Abenteuer in Amerika; romantisch-komisches Gemälde mit Gesang in 3 Aufzügen von Carl Elmar, Musik vom Kapellmeister A. E. Titz.

Statt besonderer Meldung.

Als Verlobte empfehlen sich
Bromberg, Juni 1847. Dorothea Paris.
Benno Indig.

Bei L. Wehl & Comp. in Berlin erschienen so eben und ist in allen Buchhandlungen zu haben (in Posen bei Gebrüder Scherf, Markt 77.):
Beer, S., Offenes Sendschreiben an des Herrn Justiz-Ministers Müller Exc., betreffend die Ergebnisse der Prozeßtabellen für die Preuß. Justiz-Beamten, die Juden u. — Preis 4 Sgr.
Waller, C. Welche Motive können dem neuen Juden-Gesetze zu Grunde liegen? Preis 5 Sgr.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Posen.
Das adeliche Rittergut Groß-Sepno im Kreise Kosten, landschaftlich abgeschätzt auf 19,127 Rthlr. 9 Sgr. 2 Pf., einschließlich der dem Substanzwerthe nach mit zu veräußernden, auf 4578 Rthlr. 14 Sgr. 2 Pf. gewürdigten Forst, soll am 6ten December 1847 Vormittags um 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Die Taxe nebst Hypothekenschein und Bedingungen können in unserm IV. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Die unbekannten Erben des Gutsbesizers Andreas Niklas zu Szezepowice, die Inhaber der Forderung des Dominikaner-Convents in Schroda und die Erben des Sebastian Jader, nämlich die Marianna verheirathete Rajewicz, die Regina verheirathete Sledz, die Agnes verheirathete Konieczka und die Geschwister Ludovica, Beno, Valentin und Maciej Jader, werden hierzu als Gläubiger öffentlich vorgeladen.
Posen, den 4. April 1847.

Bekanntmachung.

Der Grundbesitzer Mathias Mlynarek zu Inowracław ist durch das Erkenntniß I. Instanz des unterzeichneten Ober-Landesgerichts vom heutigen Tage für einen Verschwender erklärt worden.
Bromberg, den 4. Mai 1847.

Königliches Ober-Landesgericht.
Erster Senat.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen.
Erste Abtheilung, am 1ten Juni 1847.

Das Grundstück der Mathias und Marianna Solniewicz'schen Eheleute sub No. 10. zu Neudorf, abgeschätzt auf 5965 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuschendenden Taxe, soll am 7ten Januar 1848 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber des Großherzoglichen Posenischen 4 % Pfandbriefts No. 49/1670. Sedzino, Kreis Samter, über 50 Rthlr., werden mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 1ten August 1846 aufgefördert, diesen im Jahre 1842 öffentlich gekündigten und bis jetzt nicht deponirten Pfandbrief nebst den dazu gehörigen Coupons, im nächsten Zinsterrine, nämlich in der Zeit vom 2ten bis zum 16ten Juli d. J. bei unserer Kasse abzuliefern und dagegen einen anderen

Pfandbrief von gleichem Werth nebst Coupons in Empfang zu nehmen, da sie sonst nach Ablauf des gedachten Termins mit ihrem Rechte auf die in dem Pfandbriefe ausgedrückte Special-Hypothek werden präkludirt, der Pfandbrief in Ansehung der Special-Hypothek für vernichtet erklärt, im Landschafts-Register und Hypothekenbuche gelöscht, auch der in dessen Stelle anderweit deponirte Pfandbrief nach Abzug der entstandenen Kosten, auf ihre Gefahr und Kosten zum Gewahrsam der Landschaft gebracht werden.
Posen, den 21. März 1847.

General-Landschafts-Direktion.

Ein Mädchen anständiger Eltern, welche in allen Damen-Arbeiten, als auch im weißen Wäsche Nähen geübt, wünscht vom 1ten k. Mts. ab bei einer Herrschaft auf dem Lande placirt zu werden. Auf hohen Gehalt macht dieselbe nicht Anspruch. — Das Nähere darüber weist nach die Zeitungs-Expedition.

Eine ganz neue Sorte ächte Magdeburger Sahn-Käse erhielt und offerirt à 1 und 2 Sgr. pro Stück

B. L. Präger,
Wasserstraße im Luisengebäude No. 30.

Odeum.

Donnerstag den 17. Juni c.:
Großes Singsches Konzert.
Anfang 6 Uhr. Entrée à 2½ Sgr. Kinder 1 Sgr.
Vornhagen.

Bescheidene Anfrage.

Wie soll die Annonce unter No. 136. dieser Zeitung, betreffend die Uebergabe des Produkten-Geschäfts an detail an dessen Sohn verstanden werden? Um Aufschluß wird gebeten.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Vereinigten Kurien am 9. Juni.

Die Sitzung beginnt unter dem Voritze des Landtags-Marschalls, Fürsten zu Solms, um 10½ Uhr. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Marschall: Wir kommen nun zuerst zur Verlesung des Gutachtens über die Proposition, die Errichtung von Landrenten-Banken betreffend. Ich bitte den Herrn von Saffron, das Gutachten zu verlesen.

Referent Hr. v. Saffron (verliest den Entwurf einer Denkschrift an Se. Majestät den König und eines dazu gehörigen Gutachtens).

Abg. Graf v. Schwerin: Ich weiß nicht, ob es auf einem Beschlusse der Versammlung beruht, daß der Adresse an Se. Majestät den König über diesen Gegenstand noch ein besonderes Gutachten beigelegt werde, das sich über die Frage der Nützlichkeit in extenso äußert. Ein Beschluß, über die Nützlichkeitsfrage Sr. Majestät ein Gutachten zu erstatten, ist, so viel ich weiß, nicht gefaßt worden.

Marschall: Ich habe dem nichts entgegenzusetzen, daß die Fassung des Gutachtens geändert werde und sich nur beschränke auf eine Beilage über den gefaßten Entschluß. Es würde also bloß der gefaßte Beschluß per Adresse beigezulegen sein, da alles Uebrige im Protokoll in der Berathung selbst hinreichend vollständig vorliegt.

Abg. Graf v. Schwerin: Der Beschluß selbst liegt in der Adresse; ich sehe nicht ein, wozu noch eine Beilage.

Referent Hr. v. Saffron: Ich muß dem Redner beistimmen; der Beschluß ist, um in einer besonderen Beilage aufgeführt zu werden, zu kurz, und es kommt die gegenwärtige Fassung daher, weil mir, wie schon gesagt, von Sr. Durchlaucht dem Herrn Marschall ausdrücklich aufgetragen wurde, die Gründe zu einem besonderen Gutachten auszuführen. An diesen Auftrag habe ich mich gehalten. Es wäre also zweierlei möglich, entweder die Gründe ausführlich zu geben oder sie wegzulassen und sich auf die Adresse zu beschränken ohne Beilage. Ich will mir erlauben, die Adresse nochmals vorzulesen.

Eine Stimme: Ich habe auch eine Bemerkung zu machen.

Marschall: Wir wollen auf den Gegenstand nicht weiter eingehen. Es handelt sich nur um die Annahme oder Verwerfung der verlesenen Adresse.

Referent Hr. v. Saffron: (Verliest die Adresse nochmals.)

Abg. Sattig: Es ist in der Kurie der drei Stände der Gebrauch eingeführt worden, daß alle Schriften, welche von der Versammlung ausgehen, der Abth. vorgelegt werden. Der vorliegende Bericht hat der Abth. nicht vorgelegen, denn in den beiden Vereinigten Kurien ist dieser Gebrauch noch nicht eingeführt. (Mehrere Stimmen: Es ist schon gestern eingeführt worden.) Wenn das der Fall ist, so bitte ich gehorsamst, daß der Bericht der Abtheil. vorgelegt werde.

Marschall: Es ist nichts dagegen zu erinnern, daß das Gutachten der Abth. wieder zugehe, wir werden also das Weitere abzuwarten haben. Wir kommen nun zur Fortsetzung der gestern abgebrochenen Berathung, wobei zu bemerken ist, daß der Abg. v. Brünneck sich in der Lage befunden hat, seinem Amendement eine andere Fassung zu geben, welche es geeigneter macht, um darüber abzustimmen. Ich würde den Abg. ersuchen, das Amendement nochmals zu verlesen.

Abg. v. Brünneck: Die gestrige Abstimmung schien mir zur Pflicht zu machen, wo möglich eine Vereinigung mit dem Abg. Ruchke aus Pommern zu Stande zu bringen; indeß ist dies nicht vollständig gelungen, sondern nur theilweis, und ich werde mir daher erlauben, jetzt das Amendement in der Fassung vorzutragen, die ich für diese Vereinigung geeignet hielt, und die meinem Zwecke vollkommen entspricht. Das Amendement würde lauten: „Die Vereinigten Stände-Kurien tragen allerunterthänigst darauf an, daß des Königs Majestät geruhen möge, behufs der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen, unmittelbar von Berlin aus nach Königsberg zu führenden Eisenbahn dem nächsten Vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten, wie bisher, mit den zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen zu lassen.“

Marschall: Der Abg. v. Wedell hat jetzt das Wort, oder es müßte vorher das Erforderniß hervortreten, daß der Vorschlag, der eben verlesen worden ist, zur Unterstützung gestellt werde. Er ist allerdings in Form und Fassung gegen den gestrigen vollkommen verändert, im Wesentlichen zwar nicht durchaus, aber es wird erforderlich sein, vorher die Unterstützung zu entnehmen, welche sich durch Aufstehen von 24 Mitgliedern kundzugeben hat. (Dies geschieht.) Die Unterstützung ist erfolgt.

Abg. v. Wedell: Gestern, meine Herren, ist die Anleihe und Beschleunigung des Eisenbahnbaues nach Preußen verworfen worden. Ich habe in der Beschleunigung dieses Baues eine Lebensfrage der Provinz Preußen erkannt, ich habe deshalb für die Anleihe gestimmt, obgleich die Provinz, der ich angehöre, kein wesentlich materielles Interesse bei diesem Bau hat. Ich bin der Abstimmung mit Aufmerksamkeit gefolgt und habe zu meinem Bedauern gehört, daß gerade eine große Zahl der Deputirten aus der Provinz Preußen gegen die Anleihe und die damit in Verbindung stehende Beschleunigung des Baues gestimmt hat. Nach dem, was hier ausgesprochen ist, gerade von diesen Deputirten die Nützlichkeit, ja die Nothwendigkeit dieses Baues vollständig erkannt, aber dennoch ist von ihnen dagegen gestimmt, weil der König eine Bitte noch nicht gewährt hat, die ihm noch nicht einmal vorgetragen worden ist. Dieses Motiv, in welchem ich kein Zeichen des Vertrauens und der Dankbarkeit, was der König in so hohem Grade verdient, erkennen kann, kann ich nicht billigen! Jetzt ist von Seiten eines Vertreters der Provinz Preußen noch ein Antrag dahin gestellt worden, daß Se. Maj. der König gebeten werden möge, aus den laufenden Revenuen des Staats die Bahn zu bauen und nach 4 Jahren dem Vereinigten Landtage eine neue Proposition auf eine zu machende Anleihe vorzulegen. Ich glaube nicht, daß der König bei Seinen hochherzigen Gesinnungen sich durch die gestrige Abstimmung wird abhalten lassen, die Interessen der Provinz Preußen und des ganzen Landes zu fördern, ich habe daher auch die Ueberzeugung, daß Se. Maj. der König ohne unsere Bitte dem nächsten Landtage eine Proposition vorlegen wird, die darauf hinzielt, den Eisenbahnbau nach Preußen zu beschleunigen, wenn diese

Beschleunigung ohne Mitwirkung der Stände nicht zu erreichen ist. Ich erkläre mich also gegen das Amendement. (Von einigen Seiten Bravo.)

Referent Hr. v. Manteuffel II.: Ich halte es für eine gewagte Unternehmung, für den nächsten Landtag eine Allerhöchste Botschaft zu erbiten, für welche die ständische Zustimmung alsdann versagt werden könnte.

Abg. Hr. v. Vincke: Ich muß dem Abg. der sächsischen Ritterschaft bemerken, daß es gegen die parlamentarische Sitte verstößt, auf einen Beschluß der Versammlung zurückzukommen, den sie zudem mit eminenter Stimmenmehrheit von über zwei Dritteln gefaßt hat. Ich glaube überhaupt nicht, daß es von Interesse sein könnte, wenn das geehrte Mitglied seine Gefühle uns vorzutragen hat; am wenigsten aber gehörte es hierher, wenn er sein lebhaftes Bedauern über einen Beschluß der Versammlung aussprach. Keinem Mitgliede steht das Recht zu, einen gefaßten Beschluß zu tadeln. Ich würde anheimgeben, ob das geehrte Mitglied sich nicht darauf beschränken will, Se. Maj. zu bitten, daß dem nächsten Vereinigten Landtage über diese Frage eine neue Vorlage gemacht werde. Dadurch würden wir das erreichen, daß wir die Nothwendigkeit und Wohlthätigkeit der Maßregel für die Provinz Preußen und für das Gesamt-Interesse anerkennen, und daß wir in Anerkennung dieser Nothwendigkeit eine nochmalige Erwägung dieser Sache vor dem nächsten Vereinigten Landtage für wünschenswerth halten, ohne übrigens irgendwie die Frage der Ausführung und die technische Frage zu berühren und dadurch zu Bedenken in der Versammlung selbst Veranlassung zu geben.

Abg. Graf v. Helldorff: Ich will mich, um die Versammlung nicht zu ermüden, ganz kurz dem modificirten Antrage des verehrten Abg. aus der Provinz Preußen anschließen, jedoch mit der Beschränkung, die ein geehrtes Mitglied aus der Provinz Westphalen anzubringen für gut befunden hat.

Abg. Graf v. Schwerin: Meine Herren! Es ist bereits bei der gestrigen Diskussion verschiedentlich die Frage von einem Gesichtspunkte aus betrachtet worden, bei dem ich Veranlassung gehabt haben würde, mich ihm entgegenzustellen, wenn ich nicht den dringendsten Wunsch hätte, nur das auszusprechen, was uns der Abstimmung näher bringt. Deshalb habe ich mich enthalten, auf derartige Äußerungen, die allerdings auch für mich, wie für viele Andere, verlegend waren, etwas zu erwidern. Es ist dargestellt worden, als ob die, welche aus einem prinzipiellen Grunde Nein gesagt, weniger Vertrauen zur Krone besäßen, als die, welche Ja gesagt. Es ist dargestellt worden, als wenn sie ihr Votum gebrauchen wollten, um eine Waffe gegen die Regierung zu schmieden, um ein Mittel zu haben, Se. Majestät zu bewegen, auf unsere Bitten einzugehen. Ich habe darauf, wie gesagt, geschwiegen, weil ich die Debatte nicht aufhalten wollte. Wenn aber heute ein Abg. aus der sächsischen Ritterschaft..... (Viele Stimmen: aus der sächsischen!) aus der sächsischen Ritterschaft, ich meine den Herrn Regierungsrath v. Wedell, auf diesen Vorwurf zurückkommt, so muß ich ihm entschieden antworten, daß er nicht berechtigt ist, uns Motive unterzulegen. Ich bin ein Waffenschmied weder für die Regierung, noch gegen die Regierung, sondern ich mache auf keinen anderen Namen einen Anspruch, als auf den, den ich mit jedem Abg. in diesem Saale theile, auf den eines unabhängigen Abg. (Beifall von vielen Seiten.) Ich bin hierhergerufen worden, um nach freier, gewissenhafter Ueberzeugung Ja oder Nein zu sagen. Ich habe Nein gesagt, und Niemand ist berechtigt, mir zu sagen, ich hätte weniger Vertrauen zur Krone, wie er, weil er Ja gesagt. (Abermalige Unterbrechung durch ein lebhaftes Bravo.) Es ist aber auch keinesweges meine Art, mit den Motiven meiner Abstimmung zurückzuhalten, sondern ich bin jederzeit bereit, sie offen auszusprechen, und wenn ich es in voriger Sitzung nicht gethan habe, so war es geschehen, nicht darum, weil ich die Lust oder den Muth nicht dazu gehabt habe, sondern weil ich nicht glaubte, daß es nöthig sei. Jetzt aber scheint es nothwendig zu sein, den Standpunkt festzustellen, warum man prinzipiell Nein sagte, ohne deswegen ein Mittel daraus machen zu wollen, Se. Maj. den König zu bewegen, unserer Bitte nachzugeben. Ich bin der Meinung, es habe dies mit der Frage, die wir in voriger Woche diskutirten, gar keinen Zusammenhang, im Gegentheil, ich erkenne noch heute an, daß es in freier Nachvollkommenheit Sr. Maj. des Königs stehe, uns die Bitte, die wir gestellt haben, zu gewähren oder nicht, und ich würde es für verwerflich halten, wenn irgend ein Mittel von dieser Versammlung gebraucht werden wollte, auf den Entschluß Sr. Maj. einzuwirken, als die Gründe, durch die wir unsern Beschluß motivirt haben. (Von vielen Seiten: Bravo!) Trotzdem liegt die Frage einfach so: ich sage, wenn ich gefragt werde, ob ich die Anleihe bewillige oder nicht, abgesehen von den Gründen in Bezug auf den Geldmarkt, deshalb nein, weil, wenn ich die Verantwortlichkeit für die Anleihe mit der Krone theilen soll, ich dies nicht anders thun zu können glaube, als wenn ich auch die Möglichkeit habe, das Bedürfniß zur Anleihe gründlich prüfen zu können, und wenn ich die Möglichkeit habe, die Verwendung der Anleihe durch die Regierung vom ständischen Standpunkte aus kontrolliren zu können. Diese Möglichkeit ist uns in der Verfassung vom 3. Februar nicht gegeben, und darum, habe ich gesagt und sage es noch, halte ich unsere Verfassung noch nicht in dem Grade konsolidirt, um, wenn die Frage wegen einer Anleihe oder Garantie mir vorgelegt wird, ja sagen zu können, und ich wiederhole, ich halte Niemand berechtigt, mir ein anderes Motiv unterzulegen.

(Nochmals stürmisches Bravo.)

Abg. v. Wedell: Gestern ist von diesem Standpunkte aus von mehreren Deputirten der Provinz Preußen gesagt worden: Wir erkennen die Nothwendigkeit, das dringende Bedürfniß des Baues der Eisenbahn nach Preußen an; wir wissen, daß es für die Provinz Preußen eine Lebensfrage ist, daß diese Bahn bald gebaut wird; aber wir haben um Periodizität gebeten; diese Bitte ist uns noch nicht gewährt, und deshalb stimmen wir gegen die Anleihe. Ich habe gesagt, daß ich dieses Motiv nach meinem Gefühl nicht billigen könne. Mögen Andere eine andere Meinung haben. Ich glaube nichts Unrechtes gethan zu haben, wenn ich meine Gefühle ausgedrückt habe. Ich theile ganz die Ansicht, daß es besser wäre, wenn auf dieser Stelle nie Gefühle ausgesprochen würden und sich die Redner immer nur streng an die Sache hielten. Dies ist aber nicht geschehen; es haben Andere ihre Gefühle hier schon oft ausgesprochen. Wenn aber andere Herren das Recht haben, hier Gefühle auszudrücken, so habe ich auch das Recht, meine Gefühle hier auszusprechen. (Von mehreren Seiten Bravo.)

Abg. v. Beckerath: Ich habe ebenfalls nicht die Absicht, dem ver-

ehrten Mitglieder der sächsischen Ritterschaft das Recht zu bestreiten, seine Gefühle auszudrücken. Ich nehme aber auch dagegen das Recht in Anspruch, mich über den Eindruck zu äußern, den die Darlegung seiner Gefühle auf mich und auf einen großen Theil der Versammlung gemacht hat. Dieser Eindruck war der eines völligen Widerspruchs zwischen demjenigen, was das geehrte Mitglied gestern bei seiner Abstimmung geleitet hat, und demjenigen, was seinerseits als Motiv der heutigen Angelegenheit wird. Doch es mag dem geehrten Mitgliede selbst besser gelingen, seine verschiedenen Motive in Einklang zu bringen, als mir. Ich verlasse sie und gehe zu dem Amendement des Abgeordneten aus Preußen über. Es ist gegen dasselbe bemerkt worden, daß es bedenklich erscheinen möchte, sich jetzt über eine bestimmte Richtung der Preussischen Bahn auszusprechen. Dieser Einwurf scheint mir deshalb nicht gegründet zu sein, weil eben darauf angetragen wird, daß eine Proposition über die Angelegenheit an den Landtag gelangen möge; dann wird sich Gelegenheit darbieten, über diejenigen Zweifel, die gegenwärtig noch in Betreff der Richtung obwalten mögen, näher in Beratung zu treten. Es ist ferner gesagt worden, daß es nicht angemessen erscheinen könne, darauf anzutragen, in der bisherigen Weise mit der Vorbereitung zur Ausführung der Ostbahn fortzufahren. Allein, meine Herren, wenn es uns Ernst gewesen ist mit der hier vielfach ausgesprochenen Meinung von der hohen Nothwendigkeit, von der politischen Nothwendigkeit der Preussischen Ostbahn, so darf es wohl keinem Bedenken unterliegen, daß in der bisherigen Weise, d. h. mit Verwendung der etatsmäßigen Mittel, in der Einleitung dieses Unternehmens fortgefahren werde. Also auch dieser Grund scheint mir, gegenüber den großen Rücksichten, die gestern von allen Seiten für dieses Unternehmen in Anspruch genommen wurden, völlig zu verschwinden. Ferner ist der Lage des Geldmarktes erwähnt worden; allein dieser Einwand zerfällt, wenn man erwägt, daß es sich gegenwärtig nicht um sofortige Ausführung einer Anleihe handelt, sondern daß sie vielmehr nur in Aussicht gestellt und bei dem nächsten Landtage in Betrachtung gezogen werden soll. Ueberdies muß ich darauf aufmerksam machen, daß nach dem in allen Staaten üblichen Gebrauch in denjenigen Fällen, wo dem Gouvernement die Autorisation zur Negozirung einer Anleihe erteilt wird, das Gouvernement stets darauf Bedacht zu nehmen hat, die Ausführung in einem solchen Augenblicke vorzunehmen, wo der Geldmarkt günstige Konjunktoren darbietet. Die Bewilligung geschieht also immer in der stillschweigenden oder ausgesprochenen Voraussetzung, daß die Anleihe in einem Augenblicke negoziiert werde, wo die Lage des Geldmarktes es unter günstigen Umständen gestattet. Meine Herren! Ich glaube, daß die Aufgabe unseres Wirkens, und namentlich unseres Wirkens an dem gegenwärtigen Landtage, eine doppelte ist. Wir haben zunächst dem Lande den Rechtsboden zu sichern, auf welchem allein ständige Wirksamkeit gedeihen kann. Wir haben diese Pflicht erfüllt, und liegt es nicht in unserer Macht, die Kluft auszufüllen, die gegenwärtig in Folge einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Krone und den Ständen hinsichtlich der Verfassungsfrage noch besteht, liegt es, sage ich, nicht in unserer Macht, diese Kluft auszufüllen, eine Brücke darüber zu bauen, so liegt es doch in unserer Macht und auch in unserer Pflicht, die Hand hinüber zu reichen, die Zusage zu erteilen, daß wir mit der Regierung wirken wollen zum Heile des Landes, sobald es ohne Verletzung unseres Gewissens geschehen kann. Ich habe gestern gegen die Bewilligung der Anleihe gestimmt, nicht mit Rücksicht auf den Geldmarkt, nicht mit Rücksicht auf manche andere Gründe, die von verschiedenen Mitgliedern angeführt worden sind, ich habe dagegen gestimmt, weil ich die tiefe Ueberzeugung hege, daß eine so wichtige Belastung dem Lande nur von Ständen aufgelegt werden könne, die eine organische, eine gesicherte Wirksamkeit haben. Ich habe mit Schmerz mein Nein ausgesprochen, heute aber sage ich mit derselben Entschiedenheit und mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft: Ja!

Marshall: Es fragt sich, ob nicht eine deutlichere Fassung eben nach der Ansicht, die von dem Abgeordneten v. Brünneck ausgesprochen worden ist, in dem Amendement zu wählen wäre. Es heißt nämlich: „der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen unmittelbar von Berlin nach Königsberg führenden Eisenbahn.“ Es kommt darauf an, ob die Bedeutung, daß eine directe Eisenbahn von Berlin nach Driesen gebaut werden möge, in den Worten „unmittelbar von Berlin nach Königsberg“ zu finden wäre oder nicht.

Abg. v. Brünneck: Allerdings ist das meine Absicht gewesen, und ich habe dies auch erklärt; ich bin aber bereit, das Wort „unmittelbar“ fallen zu lassen.

Abg. v. Auerwald: Das Amendement des Herrn Abgeordneten aus Preußen betreffend, so werde ich mich nach allem dem, was dafür gesagt worden ist, demselben vollständig anschließen. Auch würde ich, nachdem durch den Vortrag des letzten geehrten Redners die Bedenken, die von einem Mitgliede der Ritterschaft aus Westfalen und von anderen erhoben worden sind, sich erledigt haben dürften, das Wort hierüber nicht ergreifen, wenn ich nicht glaubte, daß es nach manchen Aeußerungen, die gefallen sind, nothwendig wäre, daß wenigstens ein Mitglied der Provinz Preußen offen, entschieden, bestimmt und mit dem dringendsten Wunsche, daß das Amendement durchgehen möge, sich für dasselbe ausspreche. Ich thue dies hiermit, ohne daß ich glaube, die dafür angeführten Gründe wiederholen zu müssen.

Abg. Ruschke: Das Amendement, welches der geehrte Abgeordnete aus Preußen gestellt hat, stimmt mit dem von mir gestellten Antrage hauptsächlich überein, bloß mit dem einen Unterschiede, daß in dem ersteren die Linie von Berlin bis Königsberg benannt ist, was ich in meinem Antrage ganz vermeiden habe. Es würden also, wenn im ersten Antrage dies ausgedrückt werden sollte, beide Amendements zusammenfallen, und es würde über sie gemeinsam abgestimmt werden können. Sollte das nicht der Fall sein, so bitte ich, meinen Antrag besonders zur Abstimmung zu bringen.

Marshall: Die Anträge fallen doch vollständig zusammen, denn daß eine Eisenbahnverbindung von Berlin nach Königsberg hergestellt werden soll, darüber besteht kein Zweifel, sondern die Ansichten sind nur darin verschieden, ob in gerader Linie gebaut oder zu einem Theil der Verbindung eine schon bestehende Eisenbahn mit einem Umweg benutzt werden soll. Einverständnis zwischen beiden Antragstellern liegt aber doch vor, denn beide wollen die nähere Angabe der Richtung vermeiden. (Das Amendement wird vom Secretair nochmals verlesen, worauf dem Abgeordneten Raumann unter dem lauten Rufe der Versammlung nach Abstimmung von dem Marshall das Wort erteilt wird.)

Abg. Raumann: Das Amendement des Abgeordneten aus Preußen stimmt allerdings mit dem zuletzt verlesenen überein, und ich würde, wenn das geehrte Mitglied aus Preußen nicht so streng auf der Fassung beharrte, die er demselben gegeben hat, mich nicht dagegen erklären. Ich bin vollständig für die preussische Eisenbahn oder, wie sie in der Proposition genannt ist, für die östliche Eisenbahn. Ich wünsche aber nicht, daß durch irgend ein Wort die Meinung der Versammlung darüber ausgesprochen werde, in welcher Richtung, und ob gerade von Berlin selbst aus, die Bahn gebaut werde. Ich kann dem Herrn, der das Amendement gestellt hat, nicht zugeben, daß die Frage, in welcher Richtung gebaut werde, unumstößlich fest stehe. Soll die Eisenbahn gebaut werden, und kann sie nur gebaut werden mit Beihilfe eines Darlehens, und ist zu diesem Darlehen die Zustimmung des Vereinigten Landtages erforderlich, so muß auch zugegeben werden, daß diese Zustimmung an eine bestimmte Modifikation geknüpft werden kann, und daß auch eine Modifikation nicht ausgeschlossen ist, um die Richtung der Bahn zu bestimmen. Ich habe gestern ein Amendement gestellt; ich sehe es nicht mehr als ein solches an, welches zur Diskussion gestellt werden kann, weil ich der Ueberzeugung bin, daß nach dem gestrigen Votum der Versammlung dem Staate diejenigen Mittel nicht gewährt worden sind, um überhaupt die Bahn zur Ausführung zu bringen. Darum will ich dies Amendement gegenwärtig hier nicht weiter geltend machen; ich muß mich aber wider Alles erklären, was für die Zukunft diesem Amendement in den Weg treten könnte. Es kann auch nicht die Aufgabe der Versammlung sein, einen solchen Beschlus zu fassen. Daher würde ich dringend wünschen, wenn das geehrte Mitglied aus Preußen auf die Worte verzichtete, die, wie ich glaube, nicht wesentlich sind, um die Ansicht der Versammlung Sr. Majestät dem Könige gegenüber auszusprechen, daß sie, trotzdem sie das Darlehen nicht genehmigt hat, dennoch es für im Interesse des Staates liegend erachte, die östliche Bahn herzustellen, und das sie bereit sei, unter anderen Umständen die Zustimmung zu einem solchen Darlehen zu geben. Ich glaube dies kann nur noch die Aufgabe der Versammlung sein, nur dies kann sie noch aussprechen, indem sie Sr. Majestät auf die Allerhöchste Botschaft sagt, sie sei in diesem Augenblicke nicht in der Lage, das Darlehen selbst zu bewilligen.

(Ruf zur Abstimmung.)

Marshall: Es würde das Amendement also noch einmal zu verlesen sein.

Abg. v. Brünneck: Einige wenige Worte nur. Ich würde gern bereit sein zu jeder Vereinigung, aber ich glaube nicht, daß es mir möglich ist, das ganz herauszulassen, was der Zweck hatte, es festzustellen, daß die Bahn hier ihren Ausgang erhalten müsse, denn es liegt zu sehr im Interesse des Staates, daß eine von demselben zu erbauende Bahn von hier ihren Ausgang nehme. Es liegt darin auch weiter nichts, nachdem ich das Wort „unmittelbar“ habe fallen lassen, und ich bin auch bereit, die andererseits erhobenen Bedenken in Rücksicht der Mittel, die bereits für den Bau angewiesen sind, dadurch zu heben, daß statt der Worte „wie bisher“ die „in geeigneter Weise“ gewählt werden, und dann weiter „mit den zu Gebote stehenden Mitteln“, so daß es dann folgendermaßen heißen würde: „Die vereinigten Stände-Kurien tragen unterthänigst darauf an, daß des Königs Majestät geruhen möge, behufs der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen von Berlin aus nach Königsberg zu führenden Eisenbahn dem nächsten Vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten in geeigneter Weise mit den zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen zu lassen.“ (Ruf zur Abstimmung.)

Marshall: Der Herr Secretair wird die Frage noch einmal vorlesen. Secretair v. Leipziger (verliest das Amendement des Abgeordneten v. Brünneck nochmals.)

Abg. v. Massow: Einige Worte über die Fragestellung. Ich wollte nur die Bemerkung machen, daß der einzige Ausdruck „von Berlin aus nach Königsberg zu führenden Eisenbahn“ bezeichnet, daß der Bau einer besonderen Eisenbahn von Berlin aus direct nach Driesen gemeint sei, jede Andeutung einer Richtung soll ja aber wohl vermieden werden. Der allgemeine Staatszweck, namentlich der militairische, der vielfach hier angeregt ist, würde auch erreicht werden, wenn die Bahn von Berlin aus über Stettin oder Frankfurt nach Driesen ginge.

Secretair v. Leipziger: Ich habe deshalb vorgeschlagen, zu sagen: die Berlin mit Königsberg verbindende Eisenbahn; aber der Abgeordnete Herr v. Brünneck hat diese Abänderung nicht annehmen wollen, ich glaube aber, daß durch solche eine größere Einigung zu erzielen sein würde, da noch Viele unter den Anwesenden sind, die vor der Hand die von hier nach Küstrin und Driesen unmittelbar zu führende Bahn nicht wünschen, sondern die frankfurter oder stettiner Bahn benutzen wollen, deshalb halte ich es wichtig, daß die Frage in der von mir angegebenen Weise verändert werde.

Marshall: Es fragt sich ob diese Fassung den Zweifel, der erregt ist, beseitigen würde.

Abg. v. Krosigk (vom Plak): Der Ausdruck des Amendements: „Beschleunigende Ausführung“, dürfte wohl jedenfalls wegzulassen sein; da er mit dem in der gestrigen Sitzung gefaßten Beschlus in anscheinendem Widerspruche steht.

Marshall: Falls über die Fragestellung selbst noch Bemerkungen zu machen sind, so hat der Fürst von Lichnowski das Wort.

Fürst v. Lichnowski: Ich kann nur mit dem übereinstimmen, was ein ehrenwerthes Mitglied aus Westfalen bereits gesagt hat; mir scheint, daß ein großer Theil der Versammlung über die der Bahn zu gebende Richtung noch sehr unklar ist, und daß daher Alles, was die Richtung näher präzisirt, aus der Fragestellung wegleiben muß. Es ist zwar erwidert worden, daß in dieser Fassung keine Richtung enthalten sei, wenn jedoch in den angegebenen Worten die Richtung nicht gemeint ist, so wäre es am besten, die Worte bleiben weg, und es würde dann bloß von der Preussischen Ostbahn im Amendement die Rede sein.

Abg. v. Brünneck: Wenn dadurch eine größere Vereinigung zu Stande zu bringen ist, so habe ich nichts dagegen, daß mein Vorschlag in angegebener Art modifiziert wird.

Marshall: Der Secretair wird die Frage noch einmal verlesen, wie sie jetzt gefaßt ist.

Secretair v. Leipziger (liest vor): Beschließt die Versammlung, Sr.

Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, behufs der Ausführung der großen östlichen Bahn nach Preußen dem nächsten Vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten in geeigneter Weise mit den zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen zu lassen?

Abg. v. Brünneck: Ich submittire, die Worte „zu Gebote stehenden Mittel“ fallen zu lassen und bloß „in geeigneter Weise“ zu sagen.

Fürst v. Lichnowsky: Ich bitte die Frage noch einmal so zu verlesen wie sie jetzt lauten soll.

Secretair v. Leipziger (liest vor): „Beschließt die Versammlung, Sr. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, behufs der Ausführung der großen östlichen Bahn nach Preußen dem nächsten Vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten in geeigneter Weise fortsetzen zu lassen?“

Marshall: Die Frage wird nunmehr wohl vollständig verstanden und darüber kein Zweifel vorhanden sein. Dieselbe wird durch namentlichen Aufruf abgestimmt werden, (Mehrere Stimmen: Nein! Nein!) Es fragt sich, ob 24 Mitglieder die namentliche Abstimmung begehren. (Pause.) Da dies nicht der Fall ist, so habe ich meines Orts keine Veranlassung, sie für nothwendig zu erklären, und wir kommen in kürzerer Weise, nämlich durch Aufstehen, zur Abstimmung, und diejenigen, welche die Frage bejahen, würden dies durch Aufstehen zu erkennen geben. Es ist bloß die einfache Majorität nothwendig. Wir werden das Resultat der Abstimmung durch eine Zählung feststellen. (Dies geschieht.) Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: für Ja haben gestimmt 320 und für Nein 195; der Antrag des Abgeordneten von Brünneck ist folglich angenommen. Der Abgeordnete Hausmann hat sich um das Wort gemeldet, und ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. (Pause von einigen Minuten.) Der Antrag ist schon vorher gestellt worden und kann zur Abstimmung gebracht werden, und die Frage würde heißen: Beschließt die Versammlung, das Konkursum der Kurie der drei Stände bezüglich der Veröffentlichung der namentlichen Abstimmung zu dem Jhrigen zu machen?

Graf v. Armin: Wie lautet der Beschluß?

Secretair v. Leipziger: Der Beschluß lautet dahin, daß sämtliche Abstimmungen durch namentlichen Aufruf veröffentlicht werden sollen, und er geht meines Wissens so weit, daß auch die vergangenen Abstimmungen noch veröffentlicht werden sollen, mit Ausnahme eines einzigen Falles, der ausdrücklich abgelehnt war. (Das Letztere wird von mehreren Seiten verneint.)

Abg. Dittrich: Die vergangenen namentlichen Abstimmungen nicht. Der Beschluß bezog sich nur auf die damalige und auf die künftigen Abstimmungen, wie ich solches, weil ich das Protokoll geführt habe, gewiß weiß.

Marshall: Um den Zweifel, der angeregt worden ist, zu beseitigen, scheint es mir am einfachsten zu sein, wenn die Frage so gestellt wird: Beschließt die Versammlung, die Veröffentlichung ihrer namentlichen Abstimmung eintreten zu lassen. Dieser Beschluß würde sich auf den Gegenstand, welcher uns jetzt beschäftigt hat, und auf die künftigen namentlichen Abstimmungen beziehen.

Abg. Tzschöke: Ich kann mir augenblicklich nicht erklären, wie ein Beschluß über einen Gegenstand erfolgen kann, der schon früher in der Kurie der drei Stände gefaßt und ausgeführt ist; ich kann mir den Fall nicht gut als möglich denken, daß die Herren-Kurie einem Beschlusse, der hier ausgeführt ist, entgegentreten werde.

Marshall: Ich glaube, daß es nicht erforderlich ist, auf dies Bedenken einzugehen, und die Versammlung wird heute einen Beschluß in der Zusammensetzung, in welcher sie sich hier befindet, zu fassen haben; wenn sie aber den Beschluß faßt, so wird er auch gelten in Bezug auf den Gegenstand, der uns so eben beschäftigt hat, und in Beziehung auf die Gegenstände, welche uns noch beschäftigen werden. Die Frage heißt also: Beschließt die Versammlung, die Veröffentlichung ihrer namentlichen Abstimmungen eintreten zu lassen.

Eine Stimme (vom Plaze): Dieser Beschluß hat aber doch keine rückwirkende Kraft?

Graf v. Armin: Ich glaube, daß kein Mitglied der Versammlung sich in der Lage befindet, jemals vor dem öffentlichen Bekanntwerden seines Votums irgendwie zurückzuschreiten. Wenn ich also eine Frage in Bezug auf den vorliegenden Beschluß richte, so geschieht dies nur, um jedes Mitglied in den Stand zu setzen, wenn eine namentliche Abstimmung stattfindet und veröffentlicht wird, auch eben so öffentlich, so weit es ihm angemessen scheint, die Motive seiner Abstimmung bekannt werden zu lassen. Es ist daher wichtig, zu wissen, ehe die Debatte geschlossen wird, ob über die Frage mittelst namentlichen Aufrufs abgestimmt und mithin das Votum veröffentlicht werden wird oder nicht.

Abg. Dittrich: Der Beschluß ist in der Weise gefaßt, daß die Motive nicht angegeben werden. Es wird nichts publizirt, als die Listen, welche hier geführt werden, und die Angabe der Motive würden, wenn jedes einzelne Mitglied der Versammlung solche abgeben sollte, bei deren großen Anzahl nicht möglich sein.

Marshall: Ich glaube, daß nun kein Hinderniß mehr besteht, zu einer Abstimmung über einen Gegenstand zu schreiten, und zwar durch das Zeichen des Aufstehens oder Sitzbleibens. Die Frage heißt: Beschließt die Versammlung, die Veröffentlichung ihrer namentlichen Abstimmungen eintreten zu lassen? und diejenigen Mitglieder, welche diese Frage bejahen, werden das durch Aufstehen zu erkennen geben. (Fast sämtliche Mitglieder erheben sich.) Sie ist beinahe einstimmig bejaht. Es bleibt mir nichts Anderes übrig, als anzukündigen, daß die nächste Sitzung der Vereinigten Kurien morgen Vormittag 10 Uhr stattfinden, und daß die Allerhöchste Proposition, die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer betreffend, Gegenstand der Berathung sein wird. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung nach 22 Uhr.)

Sitzung der Vereinigten Kurien am 10. Juni.

Die Sitzung beginnt um 10½ Uhr unter Vorsitz des Marshalls, Fürsten zu Solms. Als Secretaire fungiren Kuschke I. und v. Bockum-Dolffs.

Marshall: Wir kommen zur Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung.

Secretair v. Leipziger verliest das Protokoll der ersten Sitzung.

Marshall: Es fragt sich ob über das verlesene Protokoll eine Erinnerung zu machen ist. Da dies nicht geschieht, erkläre ich das Protokoll für genehmigt. Es ist seit der letzten Sitzung von dem Königlichen Kommissar eine Mittheilung an mich gelangt über den Zusammentritt des Ausschusses, welcher für die Berathung eines Entwurfs zur Errichtung von Provinzial-Hülfskassen ernannt worden ist. Ich bitte den Herrn Secretair, dieses Schreiben zu verlesen.

Secretair v. Bockum-Dolffs (liest vor): „Ew. Durchlaucht beehrt ich mich, in Bezug auf die gefällige Mittheilung vom 27. Mai d. J. über die Wahl des Ausschusses des Vereinigten Landtages, welcher in Folge der Allerhöchsten Vorstache vom 7. April d. J. wegen Errichtung von Provinzial-Hülfskassen zur Vorbereitung der näheren Propositionen an die Provinzialstände mitwirken soll, ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß ich zum Anhalt bei den Berathungen einen vorläufigen Entwurf zu den Statuten habe ausarbeiten lassen. Indem ich 36 Exemplare der betreffenden Druckschrift zur geneigten Vertheilung an die Mitglieder des bezeichneten Ausschusses hier neben übersende, ersuche ich Ew. Durchlaucht ganz ergebenst, die geehrten Ausschuss-Mitglieder zur Berathung der fraglichen Angelegenheit auf Sonnabend den 12. Juni Abends 6 Uhr in der Französischen Kammer des königlichen Schlosses gefälligst einladen lassen zu wollen. Von Seiten des Ministeriums des Innern werde ich selbst der Berathung beiwohnen.“

Berlin, den 9. Juni 1847. (gez.) von Bodelschwingh.

An den Marshall der Herren-Kurie des Vereinigten Landtages,

Herrn Fürsten zu Solms-Hohen-Solms-Lich Durchlaucht.

Marshall: Diese Sitzung wird also am Sonnabend Abend um 6 Uhr stattfinden, und die hierher gelangten Exemplare des Entwurfs werden zur Vertheilung an die Mitglieder kommen. Wir gehen jetzt über zur Berichterstattung über die königliche Proposition, die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer betreffend. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten von der Marwitz, den Bericht zu erstatten.

Referent v. d. Marwitz: Ich habe der Versammlung das Gutachten der ersten Abtheilung, betreffend die Allerhöchste Proposition wegen Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer, vorzutragen. Das Gutachten lautet folgendermaßen: Bei den Berathungen der mit Prüfung der vorliegenden Gesetzentwürfe beauftragten Abtheilung sprach sich zunächst im Allgemeinen die Ansicht aus, daß die Wahl- und Schlachtsteuer allerdings Nachteile mit sich führe; die Erheblichkeit der letzteren und der Anlaß, der daraus für die gänzliche oder theilweise Abschaffung dieser Steuer entnommen werden könne, fand jedoch von vornherein eine verschiedene Beurtheilung. Während die Majorität der Abtheilung dieselbe, namentlich die dadurch bestehende ungleiche Besteuerungsart zwischen den größeren Städten und dem übrigen Lande, — die, wenn auch nur geringe Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse und der Anreiz zur Defraudation für so erhebliche Nachteile betrachtete, daß sie die gänzliche Abschaffung derselben an sich für höchst wünschenswerth erklärte, sprach sich die Minorität, und namentlich einige Abgeordnete der Städte, für deren theils unbedingte, theils bedingte Beibehaltung mit gewissen Modifikationen aus, indem sie die unverhältnismäßige Belastung der ärmeren Klasse durch dieselbe in Abrede stellten und die Nachteile einer indirecten Steuerhebung weit geringer anschlugen, als die mit einer directen Steuererhebung in den großen Städten unvermeidlich verknüpften Uebelstände. Wenn gleichwohl die große Mehrheit der Abtheilung die baldige Abschaffung dieser Steuer als in hohem Grade wünschenswerth erkannte, so wandte sich demnächst die allgemeine Erörterung auf die Erwägung des von der Regierung vorgeschlagenen Ersatzmittels einer auf den Angaben der Steuerpflichtigen über ihr Einkommen zu gründenden Einkommensteuer. So einstimmig der Grundsatz anerkannt wurde, daß es das Bestreben sein müsse, mehr und mehr dahin zu gelangen, daß ein Jeder zu den Staatskosten nach Verhältnis seines wahren Einkommens beitrage, und daß daher das Prinzip einer hiernach geregelten und vertheilten Steuer ein höchst gerechtes und wünschenswerthes sei, so machte sich doch auch fast eben so allgemein die Ansicht geltend, daß die Einführung einer auf den Angaben der Steuerpflichtigen über ihr Einkommen zu gründenden Einkommensteuer ebenfalls ihre sehr großen Nachteile mit sich führe. Man zählte dahin das Geschäft, was das Eindringen in die speziellen Vermögens-Verhältnisse jedes Einzelnen, das Schädliche, ja Gefährliche, was dies für alle diejenigen habe, bei denen der Kredit ein wesentliches und erlaubtes Betriebsmittel bilde; man wies ferner darauf hin, daß, abgesehen von der allgemeinen Verführung einer Verkürzung der Steuer durch zu geringe Angabe des Einkommens, jede Bestimmung, welche dahin ziele, die gehässige Inquisition über die Vermögens-Verhältnisse durch Erleichterung der Formen zu vermindern, zugleich dahin führe, die Verführung zur Verkürzung der Steuer zu vermehren und dem nicht Gewissenhaften eine unerlaubte Erleichterung zu gewähren, dem Gewissenhaften aber eine ungerechte Ueberbürdung aufzuerlegen. Man fürchtete hiervon eine im Großen und Ganzen viel weiter greifende Demoralisation der der Einkommensteuer zu unterwerfenden Klassen, als sie durch die in einzelnen Städten bestehende Wahl- und Schlachtsteuer erzeugt werde. Nichtsdestoweniger ward von manchen Seiten anerkannt, daß auch diese Nachteile unter gewissen Voraussetzungen höheren Rücksichten untergeordnet sein könnten; es könnte dies namentlich dann der Fall sein, wenn durch die Aufhebung vieler verschiedenen speziellen Steuern von einzelnen Gegenständen, Erwerbszweigen u. s. w., eine allgemeine Besteuerung der Einwohner nach dem Einkommen dergestalt erreicht werden könne, daß hierdurch zugleich die mannigfachen Uebelstände gehoben würden, welche die Ungleichartigkeit und Ungleichmäßigkeit jener einzelnen Steuergattungen mit sich führen; es werde ferner das Peinliche jener Angabe auf Pflicht und Gewissen eines oft von Steuerpflichtigen selbst in der That unmöglich genau zu schätzenden Einkommens eher ertragen werden, wenn durch eine größere und lebendigere Betheiligung an der Verwendung der Steuern das Bewußtsein, daß in der möglicherweise zu hohen Steuer ein Jeder gewissermaßen dem Ganzen ein freiwilliges Opfer bringe, erweckt werde; es könne endlich das Lästige solcher Steuer willig übernommen werden, wenn es sich von der Erhaltung der äußeren oder inneren Sicherheit des Vaterlandes handle, wie dies noch kürzlich das Beispiel anderer Länder und in gewissem Maße auch das eigene Beispiel Preußens in den Jahren vor dem Freiheits-

Kriege bewiesen. Wenn es sich aber gegenwärtig nur davon handle, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zu erreichen, und wenn keine der vorstehend angeführten Voraussetzungen, unter denen eine Einkommen-Steuer williger übernommen werden möchte, gegenwärtig zutrefte, so gab sich die fast einstimmige Ansicht dahin zu erkennen, daß die Einführung einer auf der Aufgabe der Steuerpflichtigen über ihr Einkommen zu gründenden Einkommen-Steuer an und für sich nicht rathsam erscheine. Um so mehr war aber in Betracht dessen, daß von manchen großen Städten die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer nicht einmal gewünscht werde und bei mittleren und kleineren Städten die allmähliche Verwandlung in eine Klassensteuer schon mit Erfolg angebahnt sei, die Abtheilung, mit Ausnahme weniger Stimmen, der Meinung, daß der von der gesetzlichen und allgemeinen Abschaffung der einmal bestehenden Mahl- und Schlachtsteuer zu erwartende Vortheil für das Ganze in keiner Weise im Verhältniß stehe zu den von einer über das ganze Land neu einzuführenden Einkommensteuer mit Sicherheit vorherzusehenden Nachtheilen. So dankbar daher auch allseitig das Bestreben der Regierung erkannt wurde, den mehrfach laut gewordenen Klagen über die Mahl- und Schlachtsteuer Abhülfe zu schaffen und den Beschlüssen des Vereinigten Landtags einen auf einem wohlbedachten Steuersystem gegründeten und im Detail eben so sorgfältig als umsichtig durchgeführten Gesetzes-Vorschlag zu unterbreiten, so trat doch bei den wiederholten und gründlichen Erörterungen über diesen wichtigen Gegenstand die Ueberzeugung der sehr großen Mehrzahl der Abtheilungs-Mitglieder mit immer größerer Stärke hervor, daß dem Vereinigten Landtage die Annahme dieses Ersatzmittels für die Mahl- und Schlachtsteuer nicht empfohlen werden könne. Als sich daher die Berathung zu den einzelnen Paragraphen des Gesetz-Entwurfs wandte und auf Grund jener allgemeinen Erwägungen namentlich die §§. 1. und 2. des Gesetz-Entwurfs A., welche die Hauptbestimmung der beabsichtigten Legislation enthalten, zur Erörterung gestellt wurden, so erklärte zwar die Abtheilung, mit Ausnahme weniger Stimmen (unter denen sich namentlich auch Abgeordnete der größeren Städte befanden), daß sie die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer an und für sich wünsche; als aber demnächst die definitive Frage gestellt wurde: „Soll die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer unter der Voraussetzung befürwortet werden, daß an Stelle derselben eine Einkommensteuer trete, bei welcher zur Ermittlung, Prüfung und Feststellung des derselben unterworfenen Einkommens zunächst die Angaben der Steuerpflichtigen dienen?“ wurde diese Frage mit 15 Stimmen gegen 4 Stimmen verneint. Die Abtheilung schlägt daher dem hohen Landtage vor: die Einführung einer auf den Angaben der Steuerpflichtigen über ihr Einkommen zu gründenden Einkommen-Steuer abzulehnen.

Marshall: Hier werden wir einstweilen einhalten können und die Berathung auf diesen Theil des Gutachtens vorläufig beschränken.

Referent v. d. Marwig: Der Abgeordnete Hansemann ist Korreferent gewesen und hat sich vorbehalten, das Korreferat mündlich vorzutragen; ich stelle anheim, ob ihm das Wort zu gestatten sein wäre.

Abg. Hansemann: Ich habe in der Abtheilung zu den Wenigen gehört, die das Prinzip der Einkommen-Steuer angenommen haben, und ich gehörte auch zu der Minorität, welche die Nothwendigkeit einer vorgängigen Prüfung des Budgets anerkannte. Auf den letzteren Punkt gehe ich nicht weiter ein, weil er bei dem Anleihe-Gesetz erörtert worden ist. Den von der Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf habe ich seinem Prinzip nach für vorzüglich gut erkannt. Ich bin also mit dem Prinzip des Gesetz-Entwurfs einverstanden, und dennoch muß ich zu meinem Bedauern davon abgehen. Es ist, so wie die Ansichten jetzt bestehen, nach den vielfachen von mir eingegangenen Erkundigungen eine allgemeine Abneigung, ja ich möchte sagen, ein Widerwille gegen das Prinzip der Einnischung des Fiskus in die inneren Familien- und Gewerbe-Verhältnisse; dieser Umstand macht es unmöglich, das Gesetz, so wie es vorgelegt ist, zur Ausführung zu bringen. Es sind auch gegen dieses Gesetz, weil dadurch eine neue Steuer eingeführt werden soll, ähnliche Bedenken geltend gemacht worden, wie diejenigen, welche wir bei den Diskussionen über das Rentenbanken- und das Anleihe-Gesetz gehört haben. Ich für mein Theil würde, für den Fall, daß das Prinzip des Gesetz-Entwurfs nicht angenommen wird, folgendes Amendement vorschlagen: „Der Vereinigte Landtag erkennt den in dem vorgelegten Gesetz-Entwurf enthaltenen Grundlag einer gleichmäßigeren Steuer-Vertheilung zwischen den wohlhabenderen und ärmeren Volksklassen als richtig und dessen Ausführung, durch welche die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer herbeigeführt würde, als nothwendig an, erachtet jedoch die Verwirklichung der beabsichtigten Einkommen-Steuer wegen des damit verbundenen fiskalischen Eindringens in die Familien- und Gewerbe-Verhältnisse als ungeeignet und trägt deshalb bei Sr. Majestät dem Könige allerunterthänigst darauf an, daß dem nächsten Vereinigten Landtage ein die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, so wie die theilweise Erleichterung der zu den unteren Stufen der Klassensteuer gehörigen Steuerpflichtigen, bezweckender Gesetz-Entwurf vorgelegt werden möge, durch welchen die Klassensteuer dem Prinzip der Einkommen-Steuer, jedoch ohne nothwendiges fiskalisches Eindringen in die Familien- und Gewerbe-Verhältnisse, genähert werde.“

Marshall: Es ist die Frage, ob dieser Antrag die gesetzliche Unterstützung von 24 Mitgliedern findet. (Wird hinreichend unterstützt.)

Finanz-Minister: Der Gesetz-Entwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlacht-Steuer und Einführung einer modifizirten Klassensteuer, resp. einer Einkommen-Steuer, ist kein Gesetz-Entwurf in fiskalischem Interesse, nämlich in dem Sinn, daß es die Absicht sei, das Staats-Einkommen dadurch zu erhöhen, sondern es ist nur ein Gesetz-Entwurf, der eine gerechtere und angemessenere Vertheilung der Steuer auf demjenigen Gebiete bezweckt, welcher gegenwärtig die Mahl- und Schlachtsteuer und die Klassensteuer einnehmen. Gegen die Mahl- und Schlachtsteuer haben sich in neuere Zeit vielfache Stimmen erhoben, namentlich ist von zwei Provinzial-Landtagen auf die Aufhebung dieser Steuern angetragen worden, und zwar in der Art, daß an deren Stelle die Klassensteuer eingeführt werden möge. Es sind von den anderen Provinzial-Landtagen vielfache Anträge auf Abänderung und Modifikation der Mahl- und Schlachtsteuer eingegangen, so daß die Staats-Regierung nicht umhin gekonnt, sich vielmehr für verpflichtet erachtet hat, diesen Gegenstand in sorgfältige Erwägung zu ziehen. Es ist der Gegenstand auf das gründlichste und reiflichste geprüft worden, und man ist zu dem Resultat

gelangt, daß die Mahl- und Schlachtsteuer aufzuheben, an deren Stelle dann aber nicht bloß die bisherige Klassensteuer zu setzen, sondern für den in die beiden unteren Klassen der Klassensteuer gehörenden Theil der Staats-Einwohner die Klassensteuer beizubehalten, resp. in die jetzigen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte einzuführen und dagegen für denjenigen Theil der Staats-Einwohner, welcher gegenwärtig in beiden oberen Klassen der Klassen-Steuer gehört, eine Einkommen-Steuer einzuführen. Die Regierung muß fortwährend bei der Ansicht beharren, daß der Gesetzes-vorschlag ein Fortschritt zum Besseren auf dem Gebiete der Steuern sei und namentlich mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse eine richtigere Vertheilung der Lasten herbeiführe, daß die mannigfachen Unbequemlichkeiten, welche eine neue Steuer, insbesondere eine so umfassende, mit sich führe, nicht zu scheuen seien, vorausgesetzt, daß sie Gewissheit darüber erlange, es werde ihr bei dieser als wohlthätig und erspriesslich von ihr erkannten Maßregel die Unterstützung des Landes zu Theil werden. Ueber diese Frage wird nun die hohe Versammlung sich auszusprechen haben. Was den Gesetz-Entwurf selbst anlangt, so sind die Motive, die Tendenz desselben in einer Denkschrift ausführlich erörtert; ich brauche also nicht auf ein näheres Detail einzugehen, da jedem Mitgliede der hohen Versammlung die Denkschrift und deren Beilagen vollständig vorliegen. Ich will also nur noch kurz die wesentlichsten Momente hervorheben, welche die Maßregel der Regierung motivirt haben. Es sind, wie bemerkt, gegen die Mahl- und Schlachtsteuer vielfache Beschwerden erhoben worden. Wenn man lediglich vom finanziellen Standpunkte, namentlich von dem Standpunkte der Verwaltung, ausgeht, so können die Beschwerden nicht in dem Maße für begründet erkannt werden, wie sie von vielen Seiten dargestellt worden. — Die Mahl- und Schlachtsteuer hat zunächst den Vortheil, daß sie seit 27 Jahren besteht und das Volk daran gewöhnt ist, und dies ist gerade auf dem Gebiete des Steuerwesens ein erheblicher Vortheil. Es gewährt ferner diese Steuer alle Vortheile, welche überhaupt eine indirecte Steuer mit sich führt, nämlich eine bequeme Erhebung, indem nur Wenige die Steuer unmittelbar zahlen, und eine leichte Entrichtung, indem die Steuer-Auslage in dem Preise der Consumtions-Gegenstände, auf denen sie ruht, auf eine unmerkliche Weise, von den Steuerpflichtigen wiedererstattet wird. Dies sind unverkennbare Vortheile. Diefem gegenüber stehen aber sehr entschiedene Nachtheile. Zunächst trifft die Steuer der gegründete Vorwurf, daß sie die ersten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse belastet. — Daran knüpft sich die Folge, daß durch dieselbe im Allgemeinen der minder wohlhabende, der ärmere Theil der Unterthanen unverhältnismäßig belastet wird. Ein dritter Nachtheil besteht darin, daß die Städte, welche der Mahl- und Schlachtsteuerpflicht unterworfen sind, im Ganzen weit stärker belastet sind, als das platte Land. Die Zahlen sind in der Denkschrift näher angegeben; das Verhältniß ist wie 1 zu 3, und wenn man auch annimmt, daß die Leistungsfähigkeit der jetzigen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte gegen das flache Land erheblich bedeutender ist, so ist doch die Differenz viel zu groß, als daß sie durch dieses Moment ausgeglichen werden könnte. Ferner kommt in Betracht, daß in den Städten selbst, wo die Mahl- und Schlachtsteuer besteht, gerade die größte Ungleichheit in der Besteuerung ist. Es ist schon oben bemerkt, daß der minder wohlhabende Theil der Bevölkerung bei den bestehenden Steuern im Allgemeinen unverhältnismäßig stark herangezogen wird, und dies tritt bei der Mahl- und Schlachtsteuer am meisten hervor. Es werden von dieser Steuer am stärksten betroffen nicht diejenigen, welche die Wohlhabendsten sind, sondern diejenigen, welche gerade in der Lage sich befinden, das größte Quantum an den unentbehrlichsten ersten Lebensbedürfnissen verbrauchen zu müssen. Es tritt ferner der Uebelstand hervor, daß ein Theil der Umgegend der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte einer doppelten Steuer unterliegt. Um die Einnahme aus der Mahl- und Schlachtsteuer zu sichern, ist es unerlässlich, sie auch in gewisser Beziehung auf die Umgegend auszudehnen, und das führt eine Besteuerung theils durch die gedachte und theils durch die Klassensteuer herbei. Endlich ist ein wichtigerer Moment der, daß durch diese Mahl- und Schlachtsteuer wieder Steuerlinien im Innern gezogen sind, welche den freien Verkehr in in dem Maße, wie er sonst zu wünschen sein würde, nicht gestatten. Diese Nachtheile sind gewiß von sehr großer Bedeutung und überwiegen aus dem allgemeinen staatlichen Standpunkte die Vortheile, welche bloß aus dem finanziellen Standpunkte mit einer Mahl- und Schlachtsteuer, als einer indirecten Steuer, verbunden sind. Es konnte also, wenn man darüber nicht in Zweifel sein konnte, daß die Nachtheile der Schlacht- und Mahlsteuer die Vortheile derselben sehr überwiegen, nur die Frage entstehen, in welcher Weise ist diesem Mißverhältniß abzuhelfen? Es war vorgeschlagen worden, die Klassensteuer unbedingt auch auf die Städte zu übertragen. Dies ist namentlich ein Vorschlag, der auch von ständischer Seite ausgegangen ist. Indessen konnte auf den Vorschlag aus mehreren Rücksichten nicht eingegangen werden. Wenn man das Verhältniß der Bevölkerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte mit dem der klassensteuerpflichtigen vergleicht, so würde das Einkommen, was die Städte gewähren würden, wenn man die Bevölkerung allein berücksichtigt, etwas über eine Million betragen; wenn man die höhere Leistungsfähigkeit der Städte mit in Betracht zieht, so würde man doch kaum auf die Hälfte der Summe kommen, die erforderlich ist, um einen Ersatz für die Mahl- und Schlachtsteuer zu erhalten. Dazu kommt noch, daß den höheren Stufen der Klassensteuer erhebliche Schwierigkeiten in größeren Städten entgegenstehen, weil das Vermögen bei einer großen Anzahl von Rentiers und sonstigen begüterten Personen in seinen Merkmalen nicht so hervortritt, wie es nothwendig ist, um die Klassensteuer richtig zu veranlagern. Es blieb also weiter nichts übrig, wenn man den Zweck erreichen wollte, als einen andern Weg einzuschlagen, und zwar einen solchen, der vielfach von der öffentlichen Meinung angedeutet worden war, nämlich den einer Einkommensteuer. Grundsätzlich ist die Einkommensteuer gewiß für die richtigste zu halten. Eins bleibt aber unerlässlich, nämlich, daß der Steuer die Selbstdeklaration des Steuerpflichtigen zu Grunde gelegt werde, weil dies das einzige Mittel ist, eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern herbeizuführen. Wie diese Steuer eingerichtet werden muß, das ist Gegenstand der speziellen Erörterung, aber die Selbstdeklaration bleibt jedenfalls Grundsatz; denn soll der Verwaltung nicht ein fester Anhalt gegeben werden, um beurtheilen zu können, ob die Steuer auf einer richtigen Veranlagung beruhe, so

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung aus der ersten Beilage.)

sind die größten Ungleichheiten zu besorgen. Es würden die Abschätzungen in den verschiedenen Theilen der Monarchie und in den einzelnen Provinzen in sich höchst verschieden sein und eine gerechte Vertheilung der Steuern nicht erzielt werden. Wenn auf die Einkommensteuer eingegangen werden soll, so bleibt dieser Grundsatz unerlässlich, und es wird also jetzt Aufgabe der hohen Versammlung sein, näher zu erwägen, ob auf diese Grundlage hin der Gesetz-Vorschlag anzunehmen sei oder nicht.

Referent von der Marwitz: Es ist sehr zu bedauern, daß der Herr Korreferent rücksichtlich seiner gewiß sehr beschränkten Zeit außer Stande gewesen ist, den Versammlungen der Abtheilung ganz regelmäßig beizuwohnen. Wir haben daher das Amendement, welches er hier in Vorschlag gebracht hat, in der Versammlung der Abtheilung nicht zur Erörterung ziehen können. Ich habe das vortragen müssen, indem es auffällig erscheinen möchte, daß die Abtheilung nicht über das Amendement, was hier vorgeschlagen worden ist, ein bestimmtes Gutachten abgegeben hat.

Abg. Hansemann: Den Beratungen der Abtheilung habe ich allerdings nicht in allen Stadien beiwohnen können, und namentlich nicht der Berathung der einzelnen Artikel des Gesetzes. Ich habe indessen geglaubt, daß es gerade kein Unglück war, daß ich dieser Berathung nicht beiwohnte; denn wenn man vorherseht, daß ein Gesetz im Ganzen die Annahme nicht findet, so muß die Berathung der einzelnen Artikel, von mir wenigstens, mehr nur als Form betrachtet werden. Es ist mir zu meinem Bedauern allerdings unmöglich gewesen, der Schlussberathung beizuwohnen, wo das Referat vorgelesen wurde. Indessen habe ich im Laufe der früheren Verhandlungen schon meine Absicht zu erkennen gegeben, daß ich mich einem solchen Vorschlage, wie ich ihn heute gemacht habe, und wie er, so viel ich mich erinnere, von einem Mitgliede der Abtheilung im Laufe der Debatte gemacht worden ist, gern anschließen würde, indem ich dadurch einen guten Ausweg sähe. Die Formulierung meines Amendements habe ich erst heute Morgen vorgenommen, und ich glaube, daß es auch nicht so sehr darauf ankommt, wie gerade die einzelnen Worte desselben lauten; der Sinn desselben ist aber analog mit dem, was in der Abtheilung mehrfach vorgelesen worden ist.

Abg. Krause: Hohe Versammlung! Es will mich bedünken, so lange zwei Steuern, Wahl- und Schlachtsteuer, so wie Klassensteuer, bestehen, daß es unmöglich ist, einen Ausbau der Klassensteuer, wie allgemein beliebt wird, hervorzurufen. Denn es ist in der Denkschrift Seite 19 zu sehen, daß im ganzen preussischen Staate nur 346 Haushaltungen vorhanden sind, welche monatlich 12 oder jährlich 144 Thaler Steuern geben. Da will mir einleuchten, daß entweder der Einschätzungs-Modus ein ungerechtfertigter ist, oder daß alle diejenigen, welche dieser Steuer unterliegen würden, in Wahl- und Schlachtsteuerpflichtige Städte ziehen, dann ein Attest über sechsmonatlichen Aufenthalt daselbst bringen, damit sie der Klassensteuer auf dem Lande nicht mehr unterliegen. Mich will bedünken, will man einen höheren Satz bei der Klassensteuer hervorbringen, so muß man die Wahl- und Schlachtsteuer aufheben, sonst wird der Ausbau der Klassensteuer ein unmöglicher. Nach meinem Dafürhalten sind wir noch nicht auf dem Standpunkte, um eine Einkommensteuer befürworten zu können. Ich glaube, bevor dies geschehen kann, müssen zuerst die Klassensteuerpflichtigen Haushaltungen der untersten beiden Stufen so weit ermäßigt werden, daß sie gegen die frühere Besteuerung einen Vortheil haben, und dies kann nur dadurch erlangt werden, wenn der Staat eine Quotisirung für alle Verhältnisse eintreten läßt. Bevor dies nicht geschieht, so muß ich mich absolut gegen den neuen Entwurf der Einkommensteuer erklären.

Abg. Camphausen: Seit einiger Zeit haben die Klagen über die Wahl- und Schlachtsteuer erheblich abgenommen und manche Stimmen sich vielmehr zu ihren Gunsten nehmen lassen. Ob darin im Allgemeinen eine Milderung der öffentlichen Meinung zu erkennen sei, oder ob auch der Umstand mitgewirkt hat, daß die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer nun wirklich angeboten, dagegen aber die Einführung einer unbequemen und lästigen direkten Steuer gefordert wird, das will ich nicht entscheiden. Ich erkenne meinerseits, daß die Wahl- und Schlachtsteuer noch andere Nachtheile habe, als diejenigen, welche die Denkschrift des Herrn Finanz-Ministers schildert. Das Streben nach einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der Steuern, das Streben nach einer Entlastung der Unbemittelten, in einer solchen Form, welche allmählig nach der Oekonomie des Gesetz-Entwurfes weiter geführt werden kann, ist eben der wichtigste Grund, der mich für den Vorschlag einnimmt, und zwar nicht nur dieses Streben an sich, sondern daß dasselbe sowohl von denjenigen, zu deren Lasten es wirkt, als auch von denjenigen, zu deren Gunsten es wirkt, anerkannt werde. Wie dunkel und verwirrt auch die Begriffe seien, welche sich an die Schlagworte unserer Zeit anknüpfen, an die Worte Pauperismus, Proletariat, Kommunismus, Sozialismus, Organisation der Arbeit, das wird Niemand leugnen, daß auf dem tiefsten Grunde dieser wogenden Oberfläche eine Wahrheit liege, die Wahrheit nämlich, daß der Mensch, der lebt, auch das Recht habe, zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange anzuerkennen sei. (Einige Stimmen: Bravo!) Dem Wohle des Staates entspricht es aber, daß sich die Anerkennung immer mehr verbreite, daß das Interesse der Regierung und das Interesse des Volkes identisch sei, und diese Anerkennung wird befördert, wenn der Steuerpflichtige nicht besteuert wird, sondern wenn er sich selbst besteuert. Dadurch ist ein Weg erschlossen, vermöge dessen das Gefühl des Zusammenhangs mit dem Staate, gewissermaßen der Identität mit dem Staate, in den Einzelnen tiefer eindringt. Der Steuerpflichtige hat bei der Einkommensteuer nicht wie bei der indirekten Steuer seinen Beitrag zu den Staatslasten zu entrichten, ohne daß er es weiß, beinahe ohne daß er es fühlt. Er wird darauf hingewiesen, sich seine Pflichten im Staate klar zu machen; er wird darauf hingewiesen, indem er sich genöthigt sieht, selbst zu handeln, seinen eigenen Willen zur Thätigkeit zu rufen; er wird dazu genöthigt, indem er sich selbst, und zwar in jedem Jahre, klar machen muß, warum, wie viel und weshalb er Steuern zu entrichten hat, nicht in fremder, sondern in eigener Sache. Durch das Eindringen dieses Bewußtseins in das Volk wird die politische Entwicklung desselben in hohem Grade befördert, und ich muß die Einwendung zurückweisen, daß wir für eine solche Entwicklung noch nicht reif seien, daß wir

nicht zu vergleichen seien mit England, wo die politischen Institutionen seit Jahrhunderten eine größere Reife des Volkes herbeigeführt haben. Das sind die allgemeinen Gründe, die mich bewegen, dem Gesetze in seinen Prinzipien zuzustimmen, und namentlich in dem Prinzip, daß die Steuer auf der Selbstangabe der Einzelnen beruhe. Auf die Details einzugehen, ist gegenwärtig nicht an der Zeit, und wenn ich die positiven Gründe, die für die eigene Angabe des Einkommens reden, angeführt habe, so wird es die Aufgabe des Gouvernements sein, wie es sie schon theilweise erfüllt hat, diejenigen Gründe geltend zu machen, welche sich aus praktischem Standpunkte dafür anführen lassen, daß durch diese Steuer ohne Selbstangabe des Einkommens eine gerechte Vertheilung nicht erzielt werden kann. (Bravo!)

Abg. Dittich: Hohe Versammlung! Auch ich erkenne an mit warmem Danke das Prinzip, was im vorliegenden Gesetz-Entwurf ausgesprochen ist, nicht aber die Art der Ausführung. Ich habe mir erlaubt, ein dem ersten Amendement ähnliches zu stellen, doch einigermaßen modifiziert, nämlich Se. Majestät den König zu bitten: 1) die Wahl- und Schlachtsteuer aufheben, und 2) zu deren Erlage und zum Zwecke der Erleichterung der in den unteren Klassen der Klassensteuer Steuernden mehrere Klassen anordnen zu wollen und zugleich solche, welche den jetzigen höchsten Steuersatz übersteigen. Wenn man auch annimmt, daß in den höchsten Steuerstufen nicht so bedeutend viele Haushaltungen Steuern würden, so würde doch durch die Zwischenstufen sich viel erreichen lassen, um die unteren Klassen zu ermäßigen, welches doch der Zweck der Allerhöchsten Proposition ist.

Marschall: Bevor wir weiter gehen, ist zu ermitteln, ob der letzte Vorschlag die gesetzliche Unterstützung findet? (Paus.) Er hat sie gefunden, es wird sich später zeigen, inwieweit es nöthig ist, ihn zur Abstimmung zu bringen, es kann jetzt nur erklärt werden, daß er event. zur Abstimmung kommen wird.

Abg. Baum: Meine Herren! Die gleichmäßige Vertheilung der Steuern ist von der Gerechtigkeit geboten und folglich eine unabweisliche Pflicht des Staats. Dennoch sehen wir, wie eine große Ungleichheit zwischen der Wahl- und Schlacht- und der Klassensteuer besteht, die um so drückender ist, als erstere hauptsächlich auf den unteren Volksklassen lastet. Wenn man der Schlacht- und Wahlsteuer den Vorwurf macht, daß sie die unteren Volksklassen zur Defraudation verleite und demoralisire, so kann dem neuen Gesetze der Vorwurf gemacht werden, daß es die höheren Klassen in Versuchung führe. (Bravo.) Kommt aber eine mildere Form für dies Gesetz in Anwendung, so möchte die eine passendere sein, daß eine Einschätzung nach Klassen stattfinde. Die anstößige Vermögens-Angabe des Einzelnen fällt dann weg. Ich erkläre mich also gegen die Wahl- und Schlachtsteuer, ich wünsche ihre Aufhebung und bin für eine Klassensteuer nach der Modalität, wie ich sie vorgeschlagen habe, eventuell für die Annahme einer Einkommensteuer nach Klassen und mit Einschätzung, stimme indeß entschieden gegen die vorgeschlagene Einkommensteuer mit den veratorischen und inquisitorischen Formen.

Abg. Kufchke: Die Staats-Regierung will die Wünsche der Versammlung hören, und es scheint mir daher wohl angemessen, daß die Abgeordneten derjenigen Städte, in welchen die Wahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, sich hier darüber äußern. Auch in vertrete eine Stadt, es ist Kolberg, wo die Wahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, und ich kann versichern, daß bei den Bürgern und den übrigen Einwohnern kein Wunsch laut geworden ist, die Wahl- und Schlachtsteuer aufzuheben, und ich kann daher auch im Namen meiner Kommittenten sagen, daß ich sie nicht für einen Preis, wie er hier geboten wird, aufgehoben wünsche.

Abg. Tschöke: Im §. 12 heißt es: „Wenn größere Städte, mit einer Bevölkerung von mindestens 30,000 Einwohnern, die zur Befreiung ihrer Gemein-Bedürfnisse erforderlichen Geldmittel lediglich durch Zuschläge zu den direkten Staatssteuern nicht füglich beschaffen können und die mit der Einführung der Klassensteuer in großen Städten verbundenen Schwierigkeiten zu vermeiden wünschen, so können auf ihren Antrag nach den örtlichen Verhältnissen besondere Steuern, und namentlich auch auf Verbrauchsgegenstände, angeordnet werden.“ Nun frage ich Sie, meine Herren, auf was soll eine Stadt die Verbrauchssteuer legen? Auf Bier? Soll man den armen Leuten noch das verkümmern? Sollen wir sie auf Brod, Fleisch, Butter oder Eier legen? Ist denn das etwas Anderes, als eine solche Steuer, die beseitigt werden soll? So, meine Herren, muß ich Ihnen sagen, daß ich keinesweges Schuzredner der Wahl- und Schlachtsteuer bin, daß ich, wie irgend Jemand in der hohen Versammlung, gewiß wünsche, daß sie beseitigt werde, aber nur dann, wenn ein Maßstab gefunden wird, der Billigkeit und Gerechtigkeit mit der Möglichkeit der Ausführung verbindet. Ich stimme also gegen den Gesetz-Entwurf. (Mehrseitige Zustimmung.)

Abg. v. Gerlach: Soll ich mich zur Sache erklären, so kann ich mich nur für das indirekte Steuer-System erklären, als ein solches, welches im Vaterlande bekannt ist; ich muß mich aber für direkte Steuern bei Kriegzeiten und Landes-Kalamitäten erklären, und für diese Zeiten sind sie aufzuheben. Soll eine stehende Armee in Bewegung gesetzt werden, so sind Requisitionen und Leistungen aller Art unumgänglich erforderlich, keinem Schatze des Staates wäre es möglich, das Monate lang auszuhalten, und dann leiste Jeder das, was er kann, und was ihm die Pflicht auflegt; aber nicht kann ich dafür stimmen, eine solche Steuer fortwährend einzuführen, indem ich weiß, welche Unregelmäßigkeiten und Unannehmlichkeiten im Allgemeinen dabei stattgefunden haben, und welchen Unwillen sie erregte.

Abg. Stöpel: Ich meinerseits nehme keinen Anstand, mich öffentlich und unverholen dahin zu erklären, daß ich die Wahl- und Schlachtsteuer für den gelungensten Theil unserer Steuer-Gesetzgebung halte, und daß ich nur die Schwierigkeiten beklage, welche der Ausdehnung derselben über das ganze Land entgegenstehen. Ich bin um so mehr verpflichtet, diese Erklärung abzugeben, weil ich diese Steuer seit ihrem mehr als fünfundschwanzigjährigen Bestehen kenne, und weil sie mir und der Stadt, welche ich vertrete, alljährlich immer lieber und werthvoller geworden ist.

Abg. Winzler: Ich begrüße in seinem Prinzip das Gesetz freudig, wenn ich dies auch in allen seinen einzelnen Maßnahmen nicht thun kann. Um so mehr aber ist es zu bedauern, daß eine so wichtige Vorlage nicht früher in unseren Händen war, und ich glaube deshalb, meine Herren, es sei

gerade hier die Stelle, eine Bitte, wie ich vermuthe, im Sinne mehrerer Mitglieder auszusprechen; es sei zu bedauern, sagte ich, daß ein Gesetz, welches so gewichtig in die Vermögens-Verhältnisse des Volkes, in die Erhaltungs-Verhältnisse des Staates eingreift, uns nicht viel früher und jetzt, nach kaum erhaltener Begutachtung desselben, so überraschend schnell zur Beschlußnahme hin gegeben wird. Deshalb stelle ich nun zwei Anträge und bitte die geehrten Sprecher nach mir und die hohe Versammlung selbst, sich darüber zu äußern, ob sie ihnen passend erscheinen. Der eine Antrag geht dahin, daß von der hohen Versammlung die Bitte ausgesprochen werde, wichtige Vorlagen früher und möglichst den einzelnen Abgeordneten vor dem Beginn des Landtages zuzuschicken, und zweitens vorläufig von der Einführung der Einkommensteuer abzusehen und dafür die Beibehaltung der Klassensteuer zu erbitten.

Marshall: Wenn es darauf ankommt, die gesetzliche Unterstützung zu ermitteln, so muß gesagt werden, daß der erste Antrag ein solcher ist, der nicht wohl zur Berathung gestellt werden kann. Der zweite ist nicht besonders formuliert und wird auch zusammenfallen mit bereits gestellten Anträgen. Da der Antrag keine bestimmte Fassung bekommen hat, so erkenne ich es auch nicht für möglich, zu bestimmen, in welcher Weise die gesetzliche Unterstützung ermittelt werden soll; es ist dem aber nichts entgegen, daß es bis zu einem späteren Zeitpunkte der Berathung ausgesetzt bleibe, in welcher Weise darauf zurückzukommen sein wird, ob durch Anschluß an einen anderen Vorschlag oder in sonstiger Art.

Abg. Winzler: Durchlauchtiger Marshall, ich darf mich auf Beispiele berufen, die seit 9 Wochen vorgekommen sind, daß mündlich vorgebrachte Bitten an Se. Majestät den König augenblicklich entweder angenommen oder verworfen worden sind. Ich weiß nicht, ob die hohe Versammlung meine Bitte für unpassend hält und zu der ihrigen machen will, ich halte sie aber für eine nöthige und wünschenswerthe und der hohen Versammlung muß Gelegenheit gegeben werden, sich darüber auszusprechen, denn nur die hohe Versammlung kann dies thun, überhaupt aber muß ich den Ausspruch zurückweisen, der Antrag wäre nicht besonders formuliert. Ich gebe zu, daß andere ihre Anträge vielleicht besser nach den Ansichten des durchlauchtigen Herrn Marshall formuliren können, ich aber glaube, als pflichttreuer Abgeordneter gehandelt zu haben, bin in meinem Rechte und kann Niemandem die Befugniß einräumen, die Formen meiner Anträge zu tadeln.

Marshall: In dem, was ich gesagt habe, liegt kein Tadel. Der Antrag ist nicht so gefaßt, mir auch nicht schriftlich übergeben, so daß zu ermitteln wäre, ob er die Unterstützung von 24 Mitgliedern findet. Der erste Vorschlag, der gemacht worden ist, ist schon bei anderer Gelegenheit zur Sprache gekommen, und es wird mir vom Herrn Secretair so eben das vorgelegt, was darüber schon verhandelt worden ist, insbesondere eine Äußerung des Herrn Landtags-Kommissars, durch welche der Gegenstand schon erledigt erscheint. Es kann nicht im Wunsche und Interesse der Versammlung liegen, auf diesen Punkt durch Unterbrechung der vorliegenden Debatte zurückzukommen.

Gen.-St.-Dir. Kühnet: Man hat vorgeschlagen, anstatt der Einkommensteuer eine Klassensteuer einzuführen, aber ohne ein Maximum, d. h., man will eigentlich das, was das Gesetz will, eine Einkommensteuer. Denn eine Klassensteuer ohne ein Maximum kann doch nur nach dem Einkommen sich richten. Man muß das Einkommen ermitteln, wenn man sagen will, es soll Jemand 1000 Rthlr. geben; man muß doch wissen, was ist das Einkommen von denen, die weniger geben sollen. Wenn sich die Klassensteuer nach äußeren Merkmalen richtet, so kann man es noch für möglich erachten, daß die Steuer nach vier großen Abtheilungen, jede mit drei Stufen, vertheilt werde. Es läßt sich da noch durch eine Abschätzung von Seiten der Abschätzungs-Behörde ermitteln, in welche Klasse und Stufe der einzelne Mann gehört. Es läßt sich dies um so eher thun, als man glauben kann, daß namentlich in den höheren Stufen, wo die Abschätzungen schon schwieriger werden, doch nicht leicht Jemand über eine absolute Ueberbürdung, über eine solche Besteuerung, die ihn in seiner Prästationsfähigkeit zurückbrächte, die ihn mit dem Ruin seines Vermögens bedrohte, wird klagen können. Denn der Mann, bei dem es sich fragt, ob er 96 oder 144 Rthlr. bezahlen soll, wird ganz gewiß diese 48 Rthlr., die er im schlimmsten Falle mehr zahlt, sehr viel leichter aufbringen können, als der geringere Mann, der vielleicht mit Recht nicht höher, als mit 1 oder 2 Rthlr. eingeschätzt werden kann. In dem Maße aber, wie man nun mit der Klassensteuer höher hinaufgehen will, in dem Maße würden die Abschätzungs-Merkmale zweifelhafter und endlich ganz unhaltbar werden.

Abg. Möwes: Mit großem Danke muß auch ich bei der Vorlage dieser Proposition die wohlwollende Absicht der Krone anerkennen, die dahin gerichtet ist, eine gleichartige Besteuerung aller Unterthanen eintreten und dabei den ärmeren Klassen eine Erleichterung zu Theil werden zu lassen. Wenn aber behauptet wird, daß hauptsächlich und vielfach der Arme von der jetzigen Wahl- und Schlachtsteuer bedrückt wird, so möchte ich fragen, ob denn der Beweis dafür bereits geführt worden ist. Ich halte dies nur für eine oberflächliche Annahme, so lange nur durch Zahlen und nicht bestimmt durch Erfahrungen nachgewiesen wird, daß dies der Fall ist. Wenn aber endlich auf die Demoralisation hingewiesen wird, die durch die Schlacht- und Wahlsteuer unterhalten würde, so möchte ich eher behaupten, daß sie bei der Einkommensteuer in einem viel höheren Grade eintreten und genährt werden würde. Aus diesen Gründen erkläre ich mich gegen die Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer und gegen die Einführung der Einkommensteuer, erlaube ich mir aber schließlich die Bemerkung, daß ich mich durchweg zu dem Grundsatz bekenne, daß, wenn es sich darum handelt, eine Maßregel einzuführen, die allgemein nützlich ist und wahrlich zum allgemeinen Besten gerichtet, alle Partikular-Interessen zurückstellen müssen, daß, wenn ich aber die Ueberzeugung habe, daß durch eine Maßregel, die vorgeschlagen wird, nichts Gutes, nichts Ersprießliches, sondern nur Nachtheiliges geschaffen wird, es gewiß als gerechtfertigt erscheint, wenn ich der Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer und der Einführung einer Einkommensteuer hier nicht das Wort rede.

Abg. Sperling: Ich will in wenigen Worten die Unmöglichkeit darlegen, in Königsberg die Wahl- und Schlachtsteuer in eine direkte Steuer umzuwandeln. Es besteht schon jetzt daselbst eine direkte Einkommensteuer. Durch dieselbe wird zum Stadthaushalte die Summe von etwa 70,000 Rthlr.

aufgebracht. Das, was durch die Wahl- und Schlachtsteuer aufgebracht wird, beträgt etwa 180,000 Rthlr. Schon bei einer Einkommensteuer von 70,000 Rthlr. giebt es für einzelne Steuerpflichtige Steuerquoten von 500 Rthlr. und mehr. Sollte nun der Betrag, welcher an Wahl- und Schlachtsteuer auskommt, der Einkommensteuer hinzugeschlagen werden, so würden diejenigen Einwohner, die schon jetzt 500 Rthlr. und mehr Steuer zahlen, über 1000 und bis 1500 Rthlr. zahlen müssen, und dies wäre eine Summe, zu der sich Niemand verstehen würde. Sie wäre geeignet, noch die wenigen Begüterten, welche in Königsberg sich befinden, wegzutreiben. Daher erlaube ich mir vertrauensvoll die Bitte, einem Amendement sich gefälligst anzuschließen, welches dahin geht: „Daß Se. Majestät ehrfurchtsvoll gebeten werde, die Umwandlung der Wahl- und Schlachtsteuer in eine direkte Steuer nur insoweit Allerhöchst zu befehlen, als es von den einzelnen Städten, in welchen die Wahl- und Schlachtsteuer besteht, selbst gewünscht und beantragt wird.“

Marshall: Es ist früher schon ein ähnlicher Antrag gemacht worden, die Wahl- und Schlachtsteuer den Städten zu belassen, die nicht besonders um Aufhebung derselben ansuchen, und es fragt sich, ob er gegenwärtig wieder unterstützt wird? (Er wird unterstützt.)

Graf Renard: Ich meinerseits habe nur zwei ganz einfache Amendements zu stellen; das eine geht dahin: daß den von der Einkommensteuer Betroffenen gestattet werden möge, Aversional-Quoten zu bieten, (es trifft mit einem anderen, was wir schon bereits gehört haben, nahe zusammen), daß die wie immer gestaltete Kommission beauftragt würde, diese Aversional-Quoten, wenn nur irgend möglich, anzunehmen. Steht dieses fest, so würden, um alle fiskalische Behelligungen, Schätzungen, Rechnungs-Vorlagen, Vereidigungen zu vermeiden, gewiß sofort größtentheils und in nächster Zukunft allgemein befriedigende Aversional-Quoten geboten werden. Mein zweites Amendement geht dahin: daß wir die Staatsbeamten, ihr Einkommen möge sein, welches es wolle, von dieser Steuer ausnehmen. (Große Heiterkeit.) Entweder wir können uns ihre Leistungen . . . (Wird durch Gelächter unterbrochen.) Mir erscheint diese Manipulation nur als ein täuschend Spiel, nur als ein Zahlen aus einer Tasche in die andere; entweder wir können uns ihre Intelligenz, ihre Leistungen billiger verschaffen, was ich jedoch nicht annehmen kann, so gebe man ihnen geringere Gehalte, oder wir können dies nicht; dann wollen wir ihnen ihr gegenwärtiges Gehalt nicht verkümmern, da eine solche Maßregel unmittelbar zur Erhöhung der Gehalte führen müßte. (Vielstimmiges Bravo.) (Ruf zur Abstimmung.)

Graf v. Seneisenau: Mit Freuden würde ich mich einem Gesetz-Entwurf anschließen, welcher die ganze arme Bevölkerung zu erleichtern den Zweck hätte; einem solchen Gesetz-Entwurf würde ich meinen vollen Beifall schenken; da dies nicht ist, so tritt ein anderer Fall ein, und ich muß mich allerdings gegen einen nur partielle Interessen berücksichtigenden Gesetz-Entwurf erklären. Ueber die Wahl- und Schlachtsteuer, über ihre Vorzüge und Nachtheile ist hier so viel verhandelt worden, daß ich nichts hinzuzufügen möchte. Ich will nur bemerken, daß es mir höchst wichtig gewesen ist, von vielen Vertretern mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Städte, und namentlich der größeren, die Ansicht ausgesprochen zu hören, daß sie sich für die Beibehaltung der Wahl- und Schlachtsteuer erklären. Eine solche Erklärung von Männern, welche im praktischen Leben sich bewegen, gilt mir weit höher, als alle bändereichen Bücher und langen Journal-Artikel mit theoretischen Ausführungen gegen die Wahl- und Schlachtsteuer. Ich muß indeß noch erwähnen, daß zwei Provinzial-Landtage für die Aufhebung derselben sich erklärt haben, aber es handelt sich hier nicht allein um Aufhebung der Steuer, sondern es handelt sich auch um einen Ersatz für dieselbe, und den haben sie nicht beantragt. Ihr Beschluß galt nur eine Erleichterung, ohne etwas an deren Stelle zu setzen. Ich meinstheils würde nun gegen die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer nichts einzuwenden haben, wenn nicht das Geschenk der Einkommensteuer damit verbunden wäre. (Heiterkeit.)

Abg. Dorenberg: Hohe Versammlung! Zweierlei will ich meinem Vortrage voranschicken, nämlich kurz und laut. Ich will der Versammlung die Ansichten mittheilen, die ich nach meinen Erfahrungen über den vorliegenden Gegenstand habe. Auch mein Wunsch ist es, daß die Wahl- und Schlachtsteuer erlassen werde, da so viel Beschwerde darüber erhoben und auch schon auf mehreren Provinzial-Landtagen über Abschaffung derselben verhandelt worden ist. Was die Erhebung der Steuer in den Städten selbst betrifft, so ist das Uebel derselben bereits auch auf diesem Platze genugsam anerkannt worden; aber auch für die Landgemeinden, die nahe an einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt wohnen, führt diese Steuer viele Kalamitäten herbei, indem dieselben, wenn sie nach der Stadt kommen, ihre Waaren versteuern, darauf aber auch auf dem Lande ihre Steuer zahlen müssen. Abgesehen von dieser doppelten Besteuerung, ist es für die Landgemeinden lästig, sich der strengen Kontrolle an den Thoren unterwerfen zu müssen. Ich frage Sie, meine Herren, paßt es wohl noch für unsere Zeit, wenn die Leute nach der Stadt kommen, und der Mann steht da mit dem Spieße, von dem er so oft Gebrauch zu machen angewiesen ist? (Lachen.) Nun, werden die Herren das verachten?

Ich erkläre mich aber eben so entschieden gegen die Einkommensteuer, die man einführen will; ich kann mir keinen Begriff machen, was diese Steuer für Folgen haben wird. — Ich versetze mich auf das Land. Seit 27 Jahren haben wir die Klassensteuer bezahlt; man ist daran gewöhnt und hört nicht mehr darüber klagen. Ich frage Sie nun, was für eine Unruhe, ja, ich möchte sagen, welchen Mißmuth würde es bei unseren Kommittenten zu Hause erwecken, wenn sie hören, es soll eine neue Steuer eingeführt werden? Die Klagen und Beschwerden werden darüber viel größer werden, als sie jetzt über die Wahl- und Schlachtsteuer sind. Es werden Viele von Ihnen sich der Zeit noch erinnern, als die Klassensteuer eingeführt wurde; 5 bis 10 Jahre sind darüber hingegangen, bis man sich beruhigt hat. Jetzt ist Alles so ziemlich in Ordnung, und jetzt kommt man und will eine neue Steuer einführen. Eine große Unzufriedenheit würde jedenfalls dadurch entstehen. Was denken Sie, meine Herren, was unsere Kommittenten dazu sagen würden, wenn es auf einmal hieße: Ihr sollt jetzt abgeschätzt werden bis in die innersten Tiefen, wie man sich ausgedrückt hat, euer Schleier der Geheimnisse soll gelüftet werden? (Große Heiterkeit.)

(Schluß folgt.)